

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 7. Februar 1928
10. Jahrgang Nummer 32

Vertrieb täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 M., unter Streifenband 2,50 M. Einzelpreis: Die gefaltene Blattmeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Verlagsbestellungen 6 Pf. Kellernpreis: Die dreifaltige Blattmeterzelle oder deren Raum im Zeitungspreis. — Schluß der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis höchstens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Telefon 4719. Postfach 10101. Westfalen 544. Redaktion: Breslau, Kreuzberger Straße 50, Telefon 8837. Geschäftsstelle der Expedition: Breslau 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 28, Telefon 1068. Grottkow, Leipzig 2, Telefon 2384. Geschäftsstelle von 8-10 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: G. Schöler, Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, G. L. Breslau, Kreuzberger Str. 50.

Polnisch-tschechisch-deutsche Bergarbeiterkonferenz

Aussprache über die kommenden Kämpfe

Görlitz, 7. Februar. (Eig. Bericht.) Am Sonntag fand in Görlitz eine gutbesuchte Konferenz der revolutionären Bergarbeiter aus Polen, Tschechoslowakei und Deutsch-Oberschlesien statt. Die Konferenz war zusammengesommen auf Wunsch von Betriebsräten besonders der beiden ober-schlesischen Kohlenreviere. Bekanntlich gehen die Grubenherren auf beiden Seiten mit Arbeiterentlassungen und Versuchen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vor. In der Tschechoslowakei steht unmittelbar ein Kampf der Bergarbeiter gegen die beabsichtigte Verschlechterung der Pensionsversicherung und für eine Erhöhung der Löhne bevor. Da die reformistische Gewerkschaftsbürokratie nichts unternimmt, um im Falle eines Kampfes in einem dieser Bezirke auch die Bergarbeiter der anderen Grenzgebiete zur Kampfslüchtigkeit zu organisieren, haben die Betriebsräte selbst die Initiative ergriffen. Wir werden über die Konferenz noch berichten.

Der „Vorwärts“ setzt also wieder einmal alle Interessen der Arbeiterschaft in der Frage des Achtstundentages auf den Bürgerblockminister Brauns.

Kommunistische Liste in Polen doch gültig?

Entgegen der von uns vor einigen Tagen geachteten Meldung erhalten wir nunmehr folgende Nachricht:

Warschau, 4. Februar. Die Ungültigkeitserklärung der kommunistischen Wahlliste, die allgemein erwartet wurde, ist überraschenderweise nicht erfolgt. Entgegen dem Antrag des Generalwahlkommissars entschied die zentrale Wahlkommission, daß die kommunistische Liste Nr. 13 als gültig anerkannt werden müsse, weil die Anweisung der Richtigkeit der Unterschriften nicht genügend begründet sei.

Wie hierzu der N. aus gutinformierten Kreisen berichtet wird, ist diese Entscheidung auf Verhandlungen zwischen den kommunistischen Parteiführern und den amtlichen Regierungsstellen zurückzuführen, in deren Verlauf die Kommunisten damit gedroht hatten, daß sie im Falle der Ungültigkeitserklärung der Kommunistenliste für die Liste des Minderheitenblocks stimmen würden. Da sich die Stellung der Kommunisten zur Regierung gegenwärtig erneut verschärft hat, hat die Regierung den Wünschen der Kommunisten nachgegeben. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Liste nach den Wahlen jedoch durch einen Spruch des obersten polnischen Gerichtshofes wieder für ungültig erklärt werden, wodurch die Entscheidung der Hauptwahlkommission aufgehoben werden würde.

Vom Tage

Bei einer Schlagwetterexplosion auf Grube Laurweg-Vocart wurden sieben Bergleute durch Schlagwetterentzündung schwer verletzt.

Die russische Delegation für die Berliner deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen ist gestern von Moskau nach Berlin abgereist.

In Liegnitz wurde eine Arbeiterin wegen Abtreibung zu zwei Jahren und zwei Monaten Zuchthaus verurteilt.

Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß der dortige Regierungspräsident Bergemann an Stelle des seit längerer Zeit kranken Oberpräsidenten Zimmer nach Breslau berufen werden soll.

Im Barmatprozeß begann gestern der Oberstaatsanwalt Trautmann sein Plädoyer.

In Gießen ist eine Regierung auf Grundlage der Weimarer Koalition zwischen SPD. und Dem. Kräten gebildet worden.

Eine Clique bohnierter Kitzler in Berlin protestierte gegen die Anstellung einer Schulärztin am Astantischen Gymnasium, die Schüler verweigerten die Untersuchung.

Aus Kowno wird gemeldet, daß Woldemaras sich bereit erklärt haben soll, am 25. Februar in Kopenhagen die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Litauen und Polen einzuleiten. Eine Bekätigung dieser Nachricht ist indessen weder bisher bei der polnischen Gesandtschaft noch beim polnischen Generalkonsulat eingelaufen.

Im Reparationsstandal verhaftete die Pariser Polizei den Viehimporteur Lucian Lewy. Zwei Komplizen Lewys entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht.

Der französisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag ist gestern in Washington unterzeichnet worden.

Zu dem Vorschlag auf Abschaffung der Unterseebootswaffe erklärt die „Times“, die kleinen Seemächte hätten ihre Unterseebootstreitkräfte seit dem Kriege ständig vermehrt, daher können die großen Nationen nur abrüsten, wenn die kleinen damit beginnen. (1)

Wi. aus Havanna gemeldet wird, herrscht dort wegen des argentinisch-mexikanischen Vorstoßes in der Interventionsfrage Krisenstimmung.

In Philippburg (Brennshöfen) kam es zu Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Polizei, wobei zwei Polizisten getötet wurden. Der Gouverneur erklärte, daß er die Absicht habe, Nationalgarden zur Wiederherstellung der Ordnung einzusetzen.

Fort mit dem Zollwucher

Von Edwin Goernle, MdR.

Das „Notprogramm“ des Reichslandbundes, beschlossen auf der Vertreterversammlung in Berlin anlässlich der Grünen Woche, hat folgende zoll- und handelspolitischen Forderungen aufgestellt:

1. Kein neuer Handelsvertrag mit weiterer Preisgabe des landwirtschaftlichen Schutzes.
2. Keine autonome Herabsetzung jetzt in Kraft befindlicher landwirtschaftlicher Zollsätze.
3. Kein neuer Handelsvertrag mit allgemeiner Meißbegünstigung.
4. Verbot der Einfuhr und Beseitigung aller zollfreien oder sonst begünstigten Einfuhr solcher Agrarprodukte, die im Inlande hergestellt werden. Ein polnisches Schweinekontingent ist abzulehnen.
5. Ausdehnung des Einfuhrschutzes auf Schweinefleisch.
6. Sofortiges Wiederintraffizieren des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Verbot der Einfuhr von lebendem Vieh.
7. Kündigung aller jetzt mit einer Schädigung des Schutzes der Landwirtschaft erlaufenen Handelsverträge zum frühestmöglichen Termin.
8. Neugestaltung des Zolltarifs mit dem Ziele, daß die autonomen Zollsätze für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die im Inlande hergestellt werden können, eine wirksame Waffe in Handelsvertragsverhandlungen sind, und mit einer Sicherung dafür, daß in Handelsvertragsverhandlungen diese landwirtschaftlichen Zölle nicht unter das Maß heruntergesetzt werden, welches jeweils für die Stärkung der heimischen Agrarproduktion und damit für die nationalpolitisch so bedeutsame Entlastung der Handelsbilanz, die im wesentlichen nur durch Abschätzung agrarischer Importe erfolgen kann, notwendig ist.

Mit diesem handelspolitischen Programm der deutschen Agrarbourgeoisie muß die deutsche Arbeiterschaft um so mehr ernsthaft rechnen, als es im wesentlichen auch jenen Forderungen entspricht, die das Finanzkapital für die Sanierung der deutschen Handelsbilanz aufgestellt hat.

Eine neue Welle der Zollwucherpolitik steht den arbeitenden Massen bevor, eine Welle, die im Unterschied zu den Zollserhöhungen der Jahre 1925 bis 1927 vor allem auf eine Erhöhung des Zollschatzes für sogenannte Veredelungsprodukte der Landwirtschaft, also auf eine Verteuerung des Fleisches, der Wurst, der tierischen Fette und der Milchzeugnisse, abzielt. Für den Proletariat sind diese wichtigsten konzentrierten Nährmittel schon heute kaum erschwinglich, trotzdem er eine Erhöhung seines Fleisch- und Fettkonsums infolge der gesteigerten Ausbeutung im Betrieb über den Verbrauch der Vorkriegsjahre hinaus bitter notwendig hat. Zu den geplanten Zollserhöhungen treten noch die Ausdehnung des wucherischen Einfuhrschutzes auch auf den Schweineexport, damit den Proleten das notwendige Fleisch vor der Nase weg ins Ausland verschoben und die Inlandspreise entsprechend erhöht werden können. Bereits hat die Beseitigung des zollfreien Geflügelfleischkontingents durch eine willkürliche Verordnung des Reichsernährungsministers begonnen. Die Verschärfung der „veterinärpolizeilichen“ Maßnahmen wird praktisch eine totalen Verhinderung der Lebensinfuhr gleichkommen. Die Bürgerlosregierung hat es eilig, dem Diktator Junker zu entsprechen. Außenpolitisch bedeutet das Landbundsprogramm eine bedeutende Verschärfung der internationalen Beziehungen, insbesondere mit Polen — natürlich stets zu Lasten der Werttätigen hüben wie drüben.

Besonders bemerkenswert an dem neuen Landbundsprogramm ist die Tatsache, daß darin eine Reihe Forderungen an erste Stelle gerückt sind, für die das ostelbische Großagrarierum noch vor ein bis zwei Jahren recht wenig Interesse zeigte. Diese Forderungen bezwecken die Befestigung der Produktionsumstellung auf sogenannte „Markenware“ (Standardisierung), das heißt, den Uebergang zur fabrikmäßigen Massenproduktion gleichartiger Qualitäten, sei es von Schweinefleisch (Bacon), Butter, Käse, Eier, Obst, Gemüse und dergleichen. Das ostelbische Großagrarierum hatte bisher vorwiegend Roggen und Kartoffeln. Die Kartoffeln wurden zum Teil verschmuggelt. Als aber 1925 auf 26 für Roggen und Kartoffeln eine bedeutsame Verschlechterung der Marktlage im In- und Auslande eintrat, versuchte man die Rettung des Junkerprofits zunächst mit neuen Getreide- und Kartoffelzollerhöhungen (deutsch-schwedischer Handelsvertrag, 1926; Zolländerungsgefeß 1927), mit einer künstlichen Roggenpreiserhöhung (Gründung der Getreidehandelsgesellschaft, Frühjahr 1926) verbunden mit der Reklametrommel: „Eßt Roggenbrot!“

Man bemühte sich auch, den Schnapskonsum zu erhöhen und die Reichsbranntweinmonopolverwaltung sorgte in rührender Weise dafür, daß jährlich bis zu hundert Millionen Mark auf Kosten der Verbraucher und Steuerzahler

Die tschechoslowakischen Bergarbeiter vor dem Streik

Prag, 7. Februar. Das „Prager Tagblatt“ meldet zum Abschluß der Lohnverhandlungen im nordböhmischen Braunkohlenrevier: Durch einen Streik des nordböhmischen Reviers würden etwa 30 000 Arbeiter betroffen werden. Was die Haltung der übrigen Reviere anbelangt, erfahren wir, daß das Kladoener Revier vor längerer Zeit den Beschluß gefaßt hat, die nordböhmischen Kollegen bei Arbeitsniederlegung automatisch durch einen Sympathiestreik zu unterstützen. Das Kladoener Revier zählt über 10 000 Mann. Die übrigen Reviere, namentlich das Osttrauer Revier, haben den vorläufigen Beschluß gefaßt, die nordböhmischen Arbeiter zu unterstützen, doch wollen die genannten Reviere durch eigenen Streik in den Konflikt eingreifen.

Eingriff des Reichsarbeitsministers in Mitteldeutschland

II. Berlin, 6. Februar. Der Reichsarbeitsminister hat die Parteien im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik zu Einigungsverhandlungen für Mittwoch vormittags nach Berlin geladen. Direktor Rüttgens vom Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg wird die Verhandlungen leiten.

Die Absicht des Arbeitsministers ist klar: Er will einen Spruch fällen, ihn für verbindlich erklären und damit die Metallarbeiter um den Sieg bringen. Die Arbeiter müssen diese Gefahr sehen und schon jetzt beschließen, den Kampf eventuell auch gegen einen verbindlichen Schiedsspruch fortzusetzen.

Streitfortsetzung in Kiel

II. Kiel, 6. Februar. Gestern fanden unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Kürbis zwischen Vertretern der Deutschen Werke und der Werkmeisterorganisation Verhandlungen über die Beilegung des Streikes statt. Ein Ergebnis wurde noch nicht erzielt. Die Verhandlungen werden heute früh in Hamburg fortgesetzt.

Der Spruch in der sächsischen Hüttenindustrie rechtsungültig

Berlin, 7. Februar. (Eig. Draht.) Der „Vorwärts“ meldet, daß das Arbeitsgericht Dresden im Konflikt der sächsischen Hüttenindustrie folgendes Urteil gefällt hat: „Es wird festgestellt, daß der Schiedsspruch vom 29. Dezember 1927 ungültig ist. Der Streit wird auf 5000 Mark festgesetzt.“

Der „Vorwärts“ knüpft an dieses Urteil die „Öffnung“, daß der Reichsarbeitsminister nunmehr den Schiedsspruch einer Neuregelung im Sinne der Einführung des Achtstundentages unterliegen werde.

dem Schnapsbrennenden Junkertum in den Naben geschätzt wurde.

Doch diese Mittel halfen den Junkern nur teilweise und vorübergehend. Der Roggenkonsum ging weiter zurück, und auf die Dauer wollte das Industriekapital nicht so hohe Subventionen an seine hartnäckig weiter nur Roggen und Schnaps produzierenden Bundesgenossen bezahlen. Das Finanzkapital verlangte kategorisch — vor allem auf der Bankertagung in Köln 1928 — die Umstellung der Agrararbeiten teilweise auf Weizenbau, teilweise auf die sogenannte Veredelungsproduktion, verbunden mit Export nach dem Muster Dänemarks, Hollands, der Schweiz und anderer fortgeschrittener Länder. Unter dem Druck der Großbanken und Schwerindustriellen bekehrten sich dann auch die führenden Großagrarien zu dem Programm, das schon 1925 Professor Trebore im Enquete-Ausschuss des Reichstags aufgestellt hatte. Dementprechend mußte auch das Schwergewicht der Schutzpolitik auf die landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte, also auf Fleisch, Milch, Butter, Eier und Gemüse gelegt werden. Gerade in diesen Fragen aber hätte die deutsche Bourgeoisie bei den bisherigen Handelsverträgen zum Beispiel in den Verträgen mit Belgien, Italien, der Schweiz und Frankreich gewisse Konzessionen an ihre Partner gemacht. Diese Konzessionen sollen jetzt eingeschränkt werden. Die Finanzbourgeoisie sieht sich heute dem Proletariat sowohl wie dem Ausland gegenüber stark genug, um eine teilweise Erschwerung seiner Handelspolitik in Kauf zu nehmen für die innenpolitischen und inlandswirtschaftlichen Vorteile des Bündnisses mit dem Agrarkapital.

Dabei haben die Junker noch den agitatorischen Vorteil, daß sie die neue Richtung der Handelspolitik als „Bauernschutz“ firmieren können, weil bisher in Deutschland die bäuerliche Wirtschaft vorzugsweise Produkte der Viehwirtschaft auf den Markt brachte. Den Junkern selber unerwartet, ist ihnen noch Hilfe aus dem sozialdemokratischen und demokratischen Lager geworden. Die im Landbundesprogramm enthaltene Forderung der Ausdehnung des Einfuhrschutzes auch auf Schweinefleisch entspricht dem Antrag der Demokraten, der zuerst im Haushaltsausschuss, nachher auch im Plenum gestellt wurde. Ausgerechnet die Demokraten waren es auch, die die Aufhebung des zollfreien Einfuhrkontingents für Gefrierfleisch und einen nur wenig ermäßigten Zoll von 35 Mark pro Doppelzentner beantragten. Beide Forderungen wurden von den Demokraten übrigens auf direkte Veranlassung der „Deutschen Bauernschaft“ erhoben, jener wunderbaren Einheitsorganisation, an deren Spitze der bayrische Landwirtschaftsminister und Erzreaktionär Fehr steht, und in dem Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumskreuz sich angeßlich für die Interessen der werktätigen Bauernschaft einsehen. In Wirklichkeit leisten die Fehr, Süle und Hermann bereits Zutreiberdienste für das Agrarkapital.

Natürlich wird die neue Schutzpolitik des Agrarkapitals den arbeitenden Bauern genau so wenig Nutzen bringen, wie die alten. Die Junker würden sich nicht für höhere Milch-, Butter-, Milch- und Gemüsepreise begeistern nur der Bauern wegen. Sie haben bisher diese Dinge ziemlich gleichgültig behandelt und den Handelsverträgen zugestimmt, die die bäuerlichen Produkte als Verkaufsobjekt für industrielle Vorteile gebrauchte. Die Junker legen den Zoll auf die Veredelungsprodukte jetzt an erste Stelle, weil sich eine grundlegende Verschiebung der Struktur der deutschen Landwirtschaft vorbereitet. Die letzte Viehzählung am 1. Dezember 1927 hat bereits ergeben, daß die Schweinehaltung aus dem Südwesten nach den Nordosten Deutschlands wandert, das heißt, aus den Gebieten vorwiegend bäuerlicher Wirtschaft nach den Gebieten vorwiegend agrarkapitalistischer Großwirtschaft. Auch die Milch-, Butter- und Käsefabrikation wandert von Süden nach Norden. Die moderne Milchproduktion unter Glas und mit Beregnungsanlagen wird ebenfalls mehr und mehr von der Agrar-

kapitalisten in Angriff genommen. Die Standardisierungsbestrebungen der Landwirtschaftskammern, zum Beispiel die Butterstandardisierung in Schleswig-Holstein, drängen die Entwicklung erst recht in die agrarkapitalistische Richtung. Darum also das wachsende Interesse der Großagrarien an der Verstärkung der Zölle auf Veredelungsprodukte. Dies bedeutet natürlich keineswegs etwa einen Abbau der bisherigen Getreide-, Futtermittel- und Kartoffelzölle. Nicht im geringsten! Die neue Marktschließung bedeutet: Verdoppelung des Zolls in der doppelten Ausstrahlung nicht allein der werktätigen Konsumentenmassen, sondern auch des kleineren Bauern, der mit Hilfe dieser Schutzpolitik sowohl niederkonkurriert wie ausgewuchert wird.

Die Sozialdemokratie macht diese Entwicklung prinzipiell mit. Gemäß dem Nieder Agrarprogramm ist sie nicht prinzipiell gegen Junker-Subventionen. Hilferding betonte das ausdrücklich im Haushaltsausschuss des Reichstags. Nur der Wählermassen wegen sträubt sie sich noch gegen den offenen Lebergang ins Lager der sogenannten „gemäßigten“ Schutzpolizisten. Vorranglich stehen aber für prominente Vertreter der SPD, wie ihr Vertreter im Reichswirtschaftsrat, K o h e n,

Sozialdemokratische Handwerkerzölle für Pludsch

Über die Entscheidung des Hauptwahlausschusses, die kommunistische Wahlliste anzuerkennen, schreibt der „Vorwärts“: „Die Kommunisten sind durch den Bescheid des Komitees unangenehm überrascht worden. Eine abermalige Ungültigkeitserklärung wäre ihnen lieber gewesen. Durch Fällung zahlreicher Unterschriften hatten sie dafür selbst eine Handhabe geklärt.“ (1)

Die Gemeinheit des „Vorwärts“, unsere polnische Bruderpartei der Fällung von Wahlunterschriften zu bezichtigen, kann nur dazu dienen, die Pludsch-Regierung zu veranlassen, mit allen Mitteln des politischen Errors die kommunistische Wahlpropaganda zu unterbinden resp. nachträglich noch die kommunistische Wahlliste als ungültig zu annullieren.

Kleine politische Nachrichten

Dr. Stresemann nach Cannes abgereist. — In Berlin, 7. Februar. Dr. Stresemann hat gestern Abend mit dem Fahrplanmäßigen Zug um 9.11 Uhr Berlin verlassen, um sich nach Cannes zu begeben, wo er bis zum 20. März seinen Erholungsurlaub verbringen wird. Dem Vernehmen nach wird der Reichsaußenminister zwischen dem 10. und 20. d. M. mit dem rumänischen Außenminister Titulescu zusammenzutreffen.

Eine Sitzung des westfälischen Zentrums. Am Sonntag fand in Hamm (Westfalen) der Parteitag für die westfälische Zentrumspartei statt. Der Bürgerblockführer Targ hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen, um die Arbeiterdelegierten, die eventuell auf diesem Parteitag vertreten waren, und die über die nationale Sozialpolitik der Bürgerblockregierung besonders hart ausgebracht sind, nicht zu verärgern. An der Stelle von Targ hielt ein gewisser Professor Schreiber das politische Manifest, das der jetzigen Koalition für jede Koalition Geltung habe. Das ist ein Eintrag (also der Bürgerblockregierung) zugrunde liege, ein Gesandnis, über das sich insbesondere die SPD-Führer, die ja nicht müde werden, in ihrem Liebeswerben beim Zentrum für die Große Hilfskassenkassen, „den den nicht beglegten Differenzen“, die sich Realisation zu ermöglichen, freuen werden.

Imbusch und Stegerwald verurteilt durch neue Oppobündnis. Die beiden Abgeordneten wurden durch neue Oppobündnis-Entscheidungen nicht aus der Partei gestrichen, die katholischen Arbeiter wiederum empfinden.

Die amtliche Großhandelsbilanz vom 1. Februar 1928. In Berlin, 4. Februar. Die auf den 31. Januar 1928 berechnete Großhandelsbilanz des Reichslandes ist gegenüber der Periode von 1927 auf 1928 um 0,4 v. H. zurückgegangen.

Streikbruch in Barcelona. — In Madrid, 6. Februar. Der Streik der Arbeiter von Barcelona erklärte am Montag, daß mit dem Streikbruch in Barcelona gerädet werden könne, da bereits ein großer Teil der Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen hätte.

Uggen der polnischen Nationalisten. — In Warschau, 7. Februar. Am Montagmorgen kam es in der Nähe der Station Błogosław zu einer Explosion eines Öltankwagens, der, von Breslau kommend, nach England gehen sollte. Die polnische Presse

berichtet über die Explosion in tendenziöser Weise und erklärt, daß es sich um einen geheimnisvollen Transport von Explosivmaterial aus Deutschland nach Rußland gehandelt habe. — Jedes Mittel, gegen die Sowjetunion zu gehen, ist der nationalpolitischen polnischen Presse recht, mag auch der Schwund noch so plump sein.

Ein sozialdemokratischer Emigrantensführer als Polizeispion? — Romno, 6. Februar. Der Direktor des Bürgerblockdepartements hat auf Anfrage angegeben, daß der zurzeit in Wien befindliche Emigrantensführer Letchutits seinerzeit im Dienste der litauischen geheimen Polizei gestanden habe. Pleßchaltis habe am letzten Monatsgehalt und außerdem Extrazuschläge für besondere Leistungen bezogen. Die Tatsache, daß einer der maßgebenden Führer der Sozialdemokraten die Rolle eines Verräters gespielt haben soll, hat im ganzen Lande großes Aufsehen erregt.

Ausweisung eines Sowjetbeamten aus der Tschechoslowakei. Die tschechoslowakische Regierung hat den Direktor der sowjetisch-russischen Filmzentrale „Bustka“, Tichorenjak, der mit tschechoslowakischen Filmgesellschaften in geschäftliche Verhandlungen eintreten wollte, aus der Tschechoslowakei ausgewiesen. Als Grund wird angegeben, daß Tichorenjak im Jahre 1922 einen Artikel gegen die Tschechoslowakei geschrieben habe. (1)

Bauern und Sozialisten gegen die rumänische Regierung. In Bukarest, 4. Februar. Das Exekutivkomitee der nationalen Bauernpartei hat den Vorschlag der Sozialisten, den Kampf zum Sturz der Regierung gemeinsam zu führen, angenommen.

Zahnverhandlungen der englischen Textilindustrie gescheitert. In London, 4. Februar. Die Besprechungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der englischen Baumwollindustrie sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen lehnten die von den Arbeitgebern als notwendig bezeichnete Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne ab.

Ein Masseneinfuhrverbot der Nanjingregierung? — In Peking, 6. Februar. Aus Nanjing wird gemeldet, daß die Nanjingregierung eine Verordnung vorbereitet, nach welcher das Schiff „Praga“, bei seinem Erscheinen in den süchinesischen Gewässern zu beschlagnahmt sei. Ferner arbeitet die Nanjingregierung an besonderen Gesetzen über die Einschränkung der Waffeneinfuhr nach China. Die Waffen und Munition zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter wird die Nanjingregierung natürlich gern durchlassen.

Kommunistenverhaftungen in Singapur. Aus London meldet die Ill.: Die Polizeibehörden in Singapur haben eine Organisation aufgedeckt, die das Zentrum einer großen kommunistischen Propagandaorganisation ist. Drei Chinesen und eine Chinesin wurden verhaftet und eine große Menge kommunistischer Literatur in einem chinesischen Hause beschlagnahmt. Man glaubt, daß auch ein großer Teil der kommunistischen Propaganda in Indien durch die Hauptquartiere in Singapur inspiriert wurde.

Auf dem vierten Kuomintang-Parteitag in Nanjing, auf dem nur Anhänger Tschangkaifels vertreten waren, wurde die Frage einer internationalen Anleihe für China sowie außenpolitische Fragen behandelt.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

Im Anfang flackerte das Feuer der Begeisterung abermals auf. Die alte Stadt, welche sich auf die Seite gewandt hatte, machte mit ihrem Karaten gemeinsame Sache, da sie sich bedroht wußte alles Geld und alles Leben nach der neuen Stadt auszuwandern zu sehen, die um die Basilika herum auf der Erde wuchs. Der Stadtrat genehmigte eine Summe von hunderttausend Franken, die aber wunderlicherweise erst bezahlt werden sollte, wenn die Kirche unter Dach wäre. Der Abbé Peyramale hatte schon die Pläne der Architekten angenommen; es war, wie er ihn gewollt hatte, ein erheblicher Entwurf. Dann hatte er mit einem Unterhändler von Chartres verhandelt, welcher die Kirche in drei oder vier Jahren zu beenden versprach, wenn die festgesetzten Zahlungen regelmäßig erfolgen würden. Da die Geschenke früher und regelmäßiger von überall her eintrafen, so verpflichtete sich der Abbé ohne Bedenken zu diesem Geschäft. Er war voll unbestimmter Rats und rechnete sich darauf, daß der Himmel ihn nicht mitten auf der Straße im Stich lassen würde. Er glaubte sich sogar der Stütze des neuen Bischofs, Monseigneur Jourdain, gewiß, der nach Einweisung des Grundstücks die Notwendigkeit und Verbindlichkeit des neuen Werkes anerkannte. Vater Sempé schien sich in seiner gewohnten Demut überlegt zu haben, indem er diese unbestimmten Konturen, die ihn zum Leben zwang, anmahnte; denn er gab sich den Anschein, als würde er sich vollständig der Verwaltung der Grotte. In der Basilika hätte derselbe sogar einen Opferstock für die neu zu erbauende Pfarrkirche aufstellen lassen.

Das die aufständische Grotte des Wächers der Grotte zugewandt haben. Man erregte die Augen von mehreren Hunderttausend, welche in die Basilika einströmten, da sie keine Geldspendungen mehr an die Kirche abgaben. Die geistliche Grotte, die unerschütterliche Grotte, wollte alles und versuchte alles. Die Dinge gingen so weit, daß Sempé zu hunderttausend Franken, die in der Basilika aufgestellt worden waren, zurückgehalten wurden; man plünderte den Opferstock und behielt die Kirche. Der Kurat jedoch legte in seiner Leidenschaft für die den menschlichen Kirche, die seine Tochter war, diesen Jünglingen einen festigen Widerstand entgegen; er hätte sein Blut für dieselbe vergießen. Er hatte den Vertrag namens des Pfarrvermögens abgeschlossen; als er dann nicht wußte, wie er bezahlen sollte, behandelte er in seinem persönlichen Namen. Sein Leben brachte nur noch auf der Kirche; er erschöpfte sich in heroischen Aufopferungen. Auf die vierhunderttausend Franken bezahlten können, und der Stadtrat ließ hartnäckig darauf bestehen, die genehmigten Hunderttausend Franken nicht zu geben, bevor die Kirche unter Dach wäre. Augenblicklich war das ganze die Interessen der Stadt gefährdet. Die man erregte, unerschütterliche der Vater Sempé auch heimlich mit dem Unterhändler. Das plötzlich triumphierte er die Arbeiter wurden eingekerkert.

Von da an trat der Todeskampf ein. Der Kurat Peyramale, dieser breitschultrige Sohn der Berge mit dem herben Gesicht, war ins Herz getroffen. Er wollte nicht hürte wie eine vom Blitz zerhackte Leiche. Er legte sich zu Bett und ließ nicht wieder auf. Es gingen Geschichten herum, man sagte, der Vater Sempé habe versucht, sich unter einem frommen Vorwand in die Kirche einzuschleichen, um zu sehen, ob sein geistlicher Gegner auch auf den Tod verurteilt wäre, und man sagte bei, man hätte denselben aus dem Schmerzensstübchen, wo seine Anwesenheit ein Verbrechen war, verjagen können. Als dann der Kurat, klagend und mit Bitterkeit erfüllt, gestorben war, konnte man sich Vater Sempé beim Leichenbegängnis, von welchem man ihn nicht auszuscheiden wagte, triumphiert sehen. Es wurde behauptet, er hätte dabei eine abscheuliche Grotte zur Schau getragen, und der Gehalt hätte von seinem Triumph geredet. Unmöglich war es aber das ein zu Mannes entsetzt, der die Spalten für die Erde, und dessen geistliche Autorität er schätzte. Jetzt würde er nicht mehr gezwungen sein, mit irgend jemand zu teilen, noch die zum Arbeiter unserer Liebe im Himmel von Lourdes unterdrückt und begraben waren, Verurteilung im Himmel der Abbé Peyramale in der Erde. Die Grotte gepöbelte nur noch ihn; alle Almosen wurden ihm allein zutommen,

und er würde das Budget von achthunderttausend Franken, über welches er jedes Jahr verfügte, nach seinem Gutdünken verwenden. Man würde er auch die Kirchenbauten vollenden, die aus der Basilika eine Welt bilden würden, die sich allein genügt; er würde zum Glanz der neuen Stadt beitragen, und die alte Stadt noch mehr abzusondern und sie hinter ihren Felsen zu verbergen, wie eine niedrige Furt, die im Glanz ihrer schmachtigen Pracht verfinstert. Das war dann ein eigentliches Konium: alles Geld und alle Herrschaft.

Gleichwohl war die neue Pfarrkirche, wenn auch die Arbeiter verlassen dastanden, und sie selbst in ihrer Bretterumfriedung schlief, mehr als zur Hälfte und beinahe bis zu den Gewölben der unteren Ecken fertiggestellt. Und wenn man sich eines Tages in den Kopf setzen sollte, sie auszubauen, so konnte sie immerhin gefährlich werden. Man mußte auch sie vollends töten und eine Ruine daraus machen, die nichts wiederherstellen konnte. Die heimliche Arbeit wurde also fortgesetzt; und erwieb sich als ein Wunder von Grausamkeit und langwieriger Vernichtung. Zuerst wurde der neue Kurat, ein einfaches Geschöpf, in dem Grad untertänig gemacht, daß er sogar die an die Kirche gerichteten Geldspendungen nicht mehr anbrach; alle eingehenden Briefe wurden geraden Weges zu den Patres gebracht. Dann wurde der für die neue Kirche gewählte Bauplatz kritisiert; man ließ durch den Bistumsarchitekten einen Bericht abfassen, worin die alte Kirche als sehr dauerhaft und für die Bedürfnisse des Gottesdienstes reichlich genügend bezeichnet war. Hauptlich aber wirkte man auf den Bischof ein, indem man ihm die verbrieblige Seite der Geldschwierigkeiten mit dem Unerschrockenen vorstellte. Dieser Peyramale wurde nur noch als ein leiblicher, eigenmächtiger Mensch, als eine Art Wirt hingestellt, dessen unabhängiger Eifer die Religion mit in Gefahr verwickelt hatte.

Und der Bischof vergaß, daß er im Grunde gemüht hatte, schrieb einen Brief, um die Kirche mit dem Interdikt zu belegen, und verbot, in derselben irgendwelchen religiösen Dienst zu feiern. Das war der empfindlichste Schlag. Endliche Prozesse hatten sich angeknüpft; der Unternehmer, welcher nur zweihunderttausend Franken auf die ausgeführten Arbeiten im Betrage von fünfmalhunderttausend Franken erhalten hatte, klagte gegen den Erben des Kuraten, das Pfarrvermögen und die Stadt, da die letztere sich immerfort weigerte, die von ihr genehmigten Hunderttausend Franken anzubehalten. Zuerst erklärte der Prästerrant sich in der Sache für unzuständig.

(Fortsetzung folgt)

Oberschlesien

Gleiwitz

Verkehrsfragen. Der Reichstagsausschuss beschäftigte sich mit den Verkehrsfragen des Ostens und lehnte den beantragten Bahnbauprogramm-Railbor ab. Die anderen Linien, und zwar Hindenburg-Beuthen (Schnellzug) und Randzin-Groß-Strehlitz wurden als dringlich anerkannt. Für die Strecke Kattow-Railbor wurde der Bau einer Kleinbahn genehmigt. Weitere Kleinbahnen sind für die Verbindung von Jüll über Sieltau nach Oberglogau, von Kattow über Leitmeritz nach Leobschütz und von Rosenburg nach Landsberg vorgesehen. Auf den anderen Strecken soll der Autobusverkehr stärker ausgebaut werden.

Prüfung der Maße, Gewichte und Meßgeräte. Nachdem das Gleiwitz die für dieses Jahr fälligen Termine für die Vornahme der Nachprüfung von Mäßen, Gewichten und Meßgeräten festgelegt hat, wird die vorgeschriebene periodische Nachprüfung für den hiesigen Stadtkellner Sosnitha im Hofmannschen Gasthaus, Sosnithaer-Strasse 78, in der Zeit vom 20. bis 27. Februar 1928 von 6 bis 18 Uhr abgehalten.

Vom Stadttheater. Diese Woche galt der Landestheater zweimal in unserem Gleiwitzer Stadttheater. Mittwoch 20 Uhr gelangt zum letzten Male das satirische Lustspiel „Ein besserer Herr“ von Salomon Lasker zur Wiederholung, während am Donnerstag 20 Uhr nochmals die klassische Offenbach-Oper „Dybbuk“ in der Urversion in der modernen Inszenierung aufgeführt wird. — Die Woche findet auch der Vorverkauf zu dem Gesamt-Lustspiel der Berliner Staatsoper mit Mozarts „Figaros Hochzeit“ an der Theaterkasse statt. Die Preise bewegen sich zwischen 0,50 und 15 Mark.

Hindenburg

Volkshochschule. In der neuen Woche beginnt der Kursus von Stadtrat Dr. Hübler über „Rechtsfragen des Handwerks“, und zwar am Mittwoch, dem 8. Februar, 20,30 Uhr, im Zeichenaal der Oberrealschule, Dorotheenstrasse (nicht wie im Prospekt angegeben, im Sitzungssaal des Landratsamts). Der Kursus von Dr. Gimboch über „Geschichte des deutschen Ostens“ muß wegen Verhinderung des Referenten ausfallen. Am Donnerstag, dem 9. Februar, beginnt 19,30 Uhr im Zeichenaal der Oberrealschule der Kursus von Zeichenlehrer Reginald über „Einführung in die Betrachtung von Kunstwerken“. Der Beginn der von Chirurgen Dr. Koll geleiteten geschichtswissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft muß wegen Verhinderung des Leiters vom 11. auf den 25. Februar verlegt werden. Anmeldungen zu den neu beginnenden Kursen können im Büro Volkshochschule Hindenburg täglich von 14—18 Uhr oder an den Kursleitern selbst abgegeben werden. — Der musikalische Kursus der Volkshochschule Hindenburg, den Musikdirektor Kauf-Gleiwitz geleitet hat, ist in der vergangenen Woche beendet worden. Die Wünsche einzelner Hörer, im Anschluß an den Kursus eine engere Arbeitsgemeinschaft durchzuführen, lassen sich infolge technischer Schwierigkeiten in diesem Semester leider nicht mehr verwirklichen.

Beuthen

Kindesleiche. Vergangene Woche wurde hinter dem Depot der städtischen Straßenbahn die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Sie war in Papier (darunter die „Oberschlesische Volkszeitung“ und die „Grüne Post“) eingepackt. Die Polizei teilt mit, daß das Kind kurz nach der Geburt mit einem starken Bindfaden erdrosselt wurde. Die bürgerlichen Blätter Oberschlesiens trafen von Moral und melben die Tat unter der Überschrift: „Mörderische Tat einer unnatürlichen Mutter“. Danach, ob die Mutter die notwendigen Mittel für die Ernährung und Kleidung des Kindes hatte, fragt niemand.

Nelze

Erwerbslosenversammlung. In der am 3. Februar in der städtischen Turnhalle in Nelze stattgefundenen öffentlichen Erwerbslosenversammlung nahmen die Kollegen Stellung zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage sowie zum Reichsversicherungs- und Arbeitsvermittlungsgesetz.

Im Auftrage des Bezirksausschusses der Erwerbslosen Oberschlesiens schilderte Kollege Tischler aus Gleiwitz die allgemeine wirtschaftliche Lage, insbesondere von dem Wlaus sämtlicher Tarife für die Arbeiter zwingen werden, bei der neuen Festlegung der Tarife für Verbesserung derselben betreffend Lohn- und Urlaubssfrage Stellung zu nehmen. Gleichzeitig zeigte der Referent, daß die Oberschlesischen Hüttenwerke A.-G. sehr dazu übergeht, zweitausend Berg- und Hüttenarbeiter und Angestellte zu entlassen. Sie begründen diese Maßnahme, daß durch die Auswirkungen des deutsch-polnischen Handelsvertrages sie nicht die Möglichkeit hätten, Kohle abzugeben. In Wirklichkeit bedeutet diese Maßnahme der Unternehmer nichts anderes als den Versuch, die noch im Produktionsprozess stehenden Kollegen einzuschüchtern, damit sie sich willenlos von den Unternehmern die bestehenden schlechten Tarife noch um ein weiteres verschlechtern lassen sollen. Die Nelzer Erwerbslosen gelobten, bei den kommenden Wirtschaftskämpfen unter keinen Umständen Streik zu erklären. Dagegen erklärten sie die Notwendigkeit an, sobald wie sie Arbeit bekommen würden, sich freigezwecklich organisieren zu lassen, nicht nur um zahlenswerten Mitglied zu werden, sondern an der Seite der oppositionell eingestellten gewerkschaftlich organisierten Kollegen bester Sorge zu tragen, daß in den freien Gewerkschaften der alte Klassenkampfgeist wieder in den Vordergrund gestellt wird. Gleichzeitig wählten sich die Kollegen einen Erwerbslosen-Ausschuss sowie einen Delegierten zu der am 9. Februar in Nelze stattfindenden Bezirks-erwerbslosen-Konferenz. In der Diskussion versuchten zwei gewerkschaftlicher (Rechte Sozialdemokraten) die Kollegen davon abzuhalten, einen Delegierten nach Gleiwitz zu jenden. Sie forderten auf, die Taschen zuzuhalten und keinen Pfennig zur Finanzierung der Konferenz zu opfern, da diese Konferenz nicht von den freien Gewerkschaften einberufen wäre. Diese beiden Aushilfssozialisten stießen auf großen Widerstand. Als sie merkten, daß sie mit ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik sich nicht durchsetzen konnten, verließen sie mit ihrem Anhang von acht Mann die Versammlung. Wir rufen den erwerbslosen Kollegen von Nelze zu, nicht trotz aller Gefahr und Mühe die Reformisten als einige, gelassene Erwerbslosenmasse zusammenzuschließen und Schulter an Schulter mit den Erwerbstätigen für die Beseitigung des Reichsversicherungs- und Arbeitsvermittlungsgesetzes sowie für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu kämpfen.

Oberglogau. Eintritt nur gegen Barzahlung. Ein Arbeiter schreibt uns: Anfang Januar fand in Oberglogau eine kirchliche Trauung statt. Aus diesem Anlaß begaben sich einige Arbeiterinnen in die Kirche. Prompt war der Pfarrer in ihrer Nähe und forderte sie zur Zahlung des Eintrittsgeldes auf. Da die Arbeiterinnen damit nicht sofort herausrückten, sagte der Pfarrer: „Wenn Sie nicht zahlen, müssen Sie die Kirche sofort verlassen.“ Die Arbeiterinnen verließen die Kirche und werden hoffentlich nicht mehr dort hin gehen.

— Mitleid kennt der Pfarrer nicht. Eine Frau, deren Mann seit längerer Zeit arbeitslos ist und nur eine geringe Unterstützung erhält, ging zu dem Pfarrer Schaal mit der Bitte um Hilfe, da ihre Kinder den Hunger nicht mehr ertragen konnten. Die Antwort des Pfarrers lautete: „Sie können ja arbeiten gehen und sich etwas verdienen.“ Es ist offensichtlich, daß die Gebote Gottes nur für die Schäflein, nicht aber für den Hirten gelten. Auch weiß der Pfarrer Scheinbar nicht, daß in Deutschland Tausende und Aber-tausende Erwerbslose vorhanden sind, so daß die alte Frau, auch wenn sie arbeiten könnte, keine Arbeit finden würde.

Oppeln

Der Katholikstürmer getürmt! Die Konkurrenz der „Oppelner Nachrichten“ mit dem „Oppelner Kurier“ geht heimlich weiter. Sie überbieten sich aber nur im Quasium der Schaumseife, die den Lesern uns Gesicht geschmilt wird. Ein Teil frommer Katholiken geht in der Abonnementsfrage hinter ihren geschäftlichen Vertretern

Gottes auf Erden, bestelle die „Nachrichten“ ab und nimmst hasten „Kurier“. Der aufgeklärte Teil scheint bei der Wahl zu stehen. In den „D.N.“ ist auch nicht alles beim alten geblieben. Der frühere Artikelverleger „Aus dem Kurier“ („Admiral“ genannt), der mit seinem Willen immer noch die Verhältnisse in diesem Blatt gab, ist getürmt. Und das alles, weil der 11. März Kanonikus Ullrich nicht die „D.N.“ für billige Geld erschaffen konnte.

Es geht weiter. Dem Wahrzeichen elender Praxistatbestimmungen auf der Gartenstraße, a, b, c, geht man wieder etwas zu. Nachdem aus der Mitte heraus ein Haus abgebrochen ist, ist der Abbruch des zweiten, nur noch von einem Mieter bewohnt, in Angriff genommen. Vielleicht wird doch das jahrelange Märchen vom gänzlichen Verschwinden dieser Grundstücke in diesem Jahre Wahrheit. Es stehen noch vier Buden da, wovon drei schon der Stadt gehören und eine noch in Privatbesitz ist. Es ist höchste Zeit, daß es hier einmal weitergeht.

Woh nicht! Gibt es in Oppeln eine Wohnungsnot? fragen alle drei zentrümlichen Tageszeitungen anlässlich einer Enschließung der christlichen Gewerkschaften. Sehr lang hat es gedauert, bis sich diese Leute überhaupt ausgerafft haben, etwas in der Sache der Wohnungsnot Frau Saal zu tun. Wir berichteten über diese Sache nicht etwa um der schönen Augen der Frau Saal willen, sondern um wirklich einen bald fertiggestellten Bau von Kleinwohnungen bezugsfertig zu bekommen. Bei der unbestimmten Stellung des Magistrats in der Zuschussfrage war es auch wieder die kommunistische Stadtverordnetenfraktion, die eine klare Antwort vom Magistrat verlangte. Sind die bürgerlichen Zeitungen sowie die christlichen Gewerkschaften so weit hinter dem Wunde, daß sie nur Gespöls sammeln?

Vertichtigung. Im Artikel „Arbeitergelber unter schlagen“ muß es statt E c h a r d Schön, Eugen Schön heißen.

Ost-Oberschlesien

* Gefängnis zu Hause. Nach einer Verordnung des Staatspräsidenten können die polnischen Gerichte bei Strafen bis zu sechs Tagen verfügen, daß die Strafe in der eigenen Wohnung verbüßt wird. Den zu Stubenarrest Verurteilten ist es nicht gestattet, die Wohnung zu verlassen, auch dürfen sie während der Haftzeit keine Besuche empfangen. Die Gerichtsbehörden können hingegen über den Urteilstanten die Polizeiaufsicht verhängen.

Wer sind die Brandstifter? Seit einiger Zeit wird die Leobschützer Stadt- und Landbevölkerung durch ausbrechende Brände geängstigt. So brannte vor kurzem ein Teil der Ställe der Ralmischen Schweinefarm in Schlesien ab, wobei gegen 400 Schweine den Tod in den Flammen fanden. Am letzten Sonntag erlöste gegen 8 Uhr abends wiederum das Feuerhorn. Es brannte die massive Scheune mit Schuppen des Bauerntumblers Köhner in Gröbzig. In der Nacht gegen 2 Uhr schredte erneuer Feuerflam die Bewohner aus dem Schlafe. Diesmal brannten zwei Scheunen und Stallung des Besitzers Frank auf der Langen Straße. In sämtlichen ausgebrochenen Bränden wird Brandstiftung vermutet.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Oppeln, G.-Vorstadt. Mittwoch 20 Uhr Versammlung im Schützenhaus.

Roter Frontkämpfer-Bund
Oppeln. Dienstag 19,30 Uhr Funktionärsitzung im Schützenhaus.
Oppeln. Sonnabend 19,30 Uhr Gegrüßtenabend im Schützenhaus.
Somawino. Sonnabend 19 Uhr Lichtbildervortrag.
Gogolin. Sonntag Theateraufführung mit Unterstützung der Oppelner Schalmelentapelle bei Hausdorf.

Sonstige Organisationen
Gleiwitz, Verein für Freiberkertum und Feuerbestattung. Sonntag 10 Uhr Mitgliederversammlung. Total „Zum Grafen Molke“, Bahnhofstr. 34. Halbjahresabschluss abgeben. Gäste willkommen.

Arbeitersport

Der Sportwahnsinn des europäischen Bürgertums.

(Aus einer Unterredung mit A. V. Lunatscharsky-Moskau.)

Der Volkskommissar für das Bildungswesen A. V. Lunatscharsky, an den wir uns mit der Bitte wandten, uns seine Eindrücke über den Sport im westlichen Europa zu schildern, stellt vor allen Dingen fest, daß zusammen mit Amerika und England der Sport in letzter Zeit in den Ländern des europäischen Festlandes eine beherrschende Stellung einnimmt. Der bürgerliche Sport neigt zu folgenden manchmal trüffelhaften Gesichtszügen: der bürgerliche Sport hat vor allem einen scharf ausgeprägten Klassencharakter, der diktiert wird durch den Wunsch, stärkere, schnellere, energiegeladere und besser geschulte Menschen zu dem künftigen sozialen Kampf heranzubilden. Außerdem charakterisiert er sich durch außerordentlich schreiende und geschäftsmäßige Verlockung zu Rekord. Wenn es sich um sogenannte Weltrekorde handelt, so zeigt das Bürgertum eine so lächerliche Verjüngtheit und zählt so große Summen, daß es sich damit selbst ein Zeugnis über seinen moralischen Tiefstand ausstellt. Ein Mensch schlägt dem anderen Menschen das Gesicht, und diese Tatsache stellt die größten wissenschaftlichen Entdeckungen, den Wechsel von Ministern, das Schaffen der Parlamente usw. in den Schatten. Aber das Honorar, das Gesichtsverstümmelter und Besiegte erhalten, überragt um das Fünzigfache das Gehalt eines rechtshaffenen und talentierten Arztes oder eines Agronomen.

Endlich gibt die Sucht nach Rekord beim Bürgertum dem Sport einen zu unverhältnismäßig hohen Platz in der Mitte anderer Erscheinungen des Lebens. Zum Beispiel in vielen amerikanischen Universitäten gibt es ihrer Schönheit und ihres Reichtums wegen hemdenwürdige Klubs und Klubs, die von den amerikanischen Millionären und Milliardären geschaffen wurden... und daneben sind oft die wichtigsten und wissenschaftlichen Laboratorien mit einer für Amerika geradezu lächerlichen Geizigkeit hergerichtet. Unser Sport muß diese Fehler berücksichtigen und sie vermeiden. Den Bemühungen des Bürgertums müssen wir die körperliche Vorbereitung der Arbeiterschaft entgegenstellen. Vor allen Dingen einen nughbringenden Charakter tragend, das heißt eine körperliche Entwicklung der Massen bezweckend, muß die sowjetische Kultur auch den Wettkampf zulassen, insofern, als er Leben in die Sportfläche bringt, doch dürfen wir auf keinen Fall vergessen, hier Maß zu halten. Der Sport darf bei uns nicht einschüchternde Aufgaben des sozialen, politischen und technischen Kulturfortschritts hindern.

Ich bin der Meinung, sagte Genosse Lunatscharsky, daß es für uns auch wichtig ist, den Sport mit Vorbereitung zur militärischen Verteidigung der Arbeiterklasse zu verbinden.

Tennisplätze in Moskau gab es 13 im Jahre 1924. 1927 hat sich die Zahl auf 80 erhöht.

Das geplante Stadion in Helsingfors soll 1933 zum Betrieb fertig sein. Es kommt auf den Platz, auf dem der FWS 1927 sein Bundesfest abhielt.

Werbepostfest der Freien Sportvereinigung 1897 in Ratten. Die in Silmenau bestehende Abteilungsabteilung der Freien Sportvereinigung 1897 veranstaltete am Sonntag in Gürtlers Lokal eine Werbeveranstaltung, an der zahlreiche Breslauer Genossen teilnahmen. Den in städtischer Zahl den Saal füllenden Zuschauern wurde ein Auszug aus dem Gebiet des Kraftsports geboten. Im einleitenden Schülertkampf siegte Frau in 3 Minuten durch Armbruch über Romal. Im Jugendkampf warf Parisch (W) durch Untergriff mit Fesselung in 2,30 Min. Post (S). Im ersten Kampf der Senioren unterlag Schlesinger (S) in der 8. Minute durch Armzug am Boden gegen Salomon (S). Klemmer (W) warf Fein (S) in 5 Minuten durch Armschulterhebung. Wulfsch (W) hatte in Wolf (S) einen harten Gegner gefunden, der erst nach 6 Minuten einem Untergriff mit Hammerlock zum Opfer fiel. Zimmer (W) gewann durch bessere Technik durch eine Kroulade in 3 Minuten gegen Demut (S). Einen phasenreichen technischen Kampf lieferten sich Krumm (W) und Gallus (S), der über die Distanz ging. Die Kämpfe zeigten, daß auch in der kleinen Abteilung Silmenau guter Sport gepflegt wird. Justiz wurde in wirkungsvollen Demonstrationen durch die Genossen Feimlich und Groß vorgeführt. Kritische Nummern in gutem Stil boten die Vereinsartisten Barz, Burchert und Keitich. Die Kämpfe im Vogen hatten folgende Ergebnisse: Richter (S) 115 Pfund gewann gegen Endow (W) 114 Pfund, Scholz (W) 123 Pfund war gegen Moß (S) 130 Pfund erfolgreich. Einen schönen Kampf gewann Vohr (W) 146 Pfund nach Punkten gegen Gallus (S), der schwer angegriffen sich über drei Runden halten konnte. Auch diese Veranstaltung dürfte wertvoll für den Arbeitersport gewirkt haben.

Breslauer Fußball-Gesellschaftspiele am 12. Februar
Einigkeit I — Döwig I, Groß-Moßberg, R.umann, R.
Einigkeit II — Döwig II, Groß-Moßberg, Schmidt, Fr.
12,30 Einigkeit Jgd. — Döwig Jgd., Groß-Moßberg, Ulbrich, Fr.
15,00 Stern I — Bratislawia I, Gröbzig, Winkler, R.
14,00 Adler-Flott I — Stern II, Peterdorf, Demmig.
14,00 Trebnitz I — Stern II, Trebnitz, Stowronski.
15,00 Wader I — Sturm II, Bebelpark, Kofe.
12,30 Wader II — Sturm II, Bebelpark, Knobloch.
11,00 1924 II — Stern III, Gröbzig, Kührner.
15,00 Sil-Riders I — W. I. Dels, Stabian, Quary.
12,30 Sil-Riders II — W. II Dels, Stabian, Lunde.
10,00 Sil-Riders Jgd. — W. Jgd. Dels, Stabian, Fr.
10,00 West II Jgd. — Raler Jgd., Eichenparl, Rel.
13,00 1921 II — FCB. II, Bebelpark, Tschampel.
14,30 1921 I — FCB. I, Bebelpark, Winkler, Fritz.

Fußballpartei. Schiedsrichtervereinigung: In der am 30. Januar stattgefundenen Vollversammlung wurden folgende Sportgenossen in den Ausschuss gewählt: Obmann: Erich Sänger; Schriftführer: Herbert Hunger; Beisitzer: Otto Grindel, Bruno Resner; Techn. Leiter: Willi Wagner. Sämtliche Zuschriften sind an Erich Sänger, Westendstraße 6, zu richten. — Vereine, die noch nicht im Besitz von Schiedsrichter-Regelbestimmungen sind, müssen diese sofort beim Obmann abholen.

Vogel. Dienstag 20,30 Uhr Technische Sitzung in der Andersen-Turnhalle. Alle Vereinsvorsitzende müssen erscheinen.

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk, Vogen. Sonntag, 12. Februar, 9 Uhr vormittags, Bezirksversammlung in der Andersen-Turnhalle. Pflicht-Training! Alle Boxer und Anfänger müssen erscheinen.

Arbeiter-Radsportklub, Bau 8, Bezirk 1. Es wird nochmals auf den am Sonntag, dem 12. Februar, vormittags 9 Uhr bei Gahl in Klein-Gandau stattfindenden Schiedsrichterkursus aufmerksam gemacht. Es wird allen Schiedsrichtern und denen, die es werden wollen, zur Pflicht gemacht, pünktlich zu erscheinen. Meistzeit und Zirkel sind mitzubringen. Der Bezirksportausschuss.

Freie Turnerschaft, 4. Turnerinnen-Abteilung. In der am 30. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossinnen und Genossen gewählt: erste Vorsitzende Paula Busch, Marlannenstraße 6; zweite Vorsitzende und Schriftführerin Hedwig Schröder, Westendstraße 51; erste Kassiererin Klara Reih, Leuthenstraße 76; zweite Kassiererin Hedwig Schröder, Westendstraße 51; erster Turnwart Arny Jerratsch, Friedrich-Karl-Strasse 29; zweiter Turnwart Max Scholz, Leuthenstraße 6; erster Jugendleiter Artur Jehnich, Andersenstraße 16; zweite Jugendleiterin Lotte Jehnich, Andersenstraße 16; erster Kinderleiter Paul Schröder, Westendstraße 51; zweite Kinderleiterin Arny Jerratsch, Friedrich-Karl-Strasse 29; erste Spiel- und Sportleiterin Gertrud Stelmacher, Kupferhämmerstraße 39; zweite Spiel- und Sportleiterin Meta Grohmann, Posener Straße 63/65; Gerätewartin Magda Katus und Erna Kusche; Revisoren Erich Folgner, Hilde Kofsch und Elisabeth Müller. — In der Turnerinnen-Abteilung Siebung. Pöpelwitz hatte die Wahl folgendes Ergebnis: erste Vorsitzende Elly Kofsch, Queisstraße 39; zweite Vorsitzende Meta Grunwitz, Frankfurter Straße 152; Schriftführerin Elise Spaniol, Frankfurter Straße 180; erste Kassiererin Friede Stredter, zweite Kassiererin Elise Stredter, Promnitzstraße 53; erster Turnwart Lea Giesebitz, Posener Straße 51; zweiter Turnwart Ernst Scheermann, Lorenzstraße 34; Jugendleiterin Frieda Gebauer, Frankfurter Straße 71; erster Kinderleiter Erich Folgner, Promnitzstraße 48; zweite Kinderleiterin Lotte Krumm, Oloauer Straße 19; Spiel- und Sportleiterin Elise Stredter, Promnitzstraße 53; Meta Grunwitz, Frankfurter Straße 182; Gerätewartin Helene Fache, Gertrud Müller; Revisoren Erich Folgner, Hilde Kofsch, Elisabeth Müller. Technischer Leiter beider Abteilungen Max Scholz, Leuthenstraße 6.

Wie interessiere ich meine Frau am Klassenkampf?

Antworten auf den „Vorschlag“

„Die werktätige Frau“ veröffentlichte in der vor-herigen Woche einen Artikel, in welchem ein Genosse den Vorschlag machte, mit Parteigenossen und Gleich-gestimmten in persönliche Beziehungen zu treten und die Frauen mitzunehmen, um auf diesem Wege den In-differentismus der Frau und ihre Unzufriedenheit in dem Familienleben zu beseitigen und für die Idee des Kommunismus zu gewinnen.

Wir haben anschließend die Genossen und Genossinnen, und besonders die unzufriedenen Frauen, sich zu diesem Vorschlag zu äußern. Es sind mehrere Zuschriften, die zu dem Vorschlag Stellung nehmen, eingelaufen, von denen wir drei nachstehend veröffentlichen.

Als Antwort auf den Vorschlag in der vorigen Frauenbeilage möchte ich folgendes erwähnen: Von Anfang an bemüht sich unsere Partei, an die indifferenten Frauen heranzutreten, um sie ein-zureihen in die Kampffront des werktätigen Proletariats. Lenin sagt:

Wir müssen Millionen werktätiger Frauen in der Stadt und im Dorfe für uns gewinnen... Ohne die Frauen gibt es keine wirkliche Massen-bewegung.

Weshalb treten aber so wenig Frauen von unseren Genossen in die Partei ein? Liegt das nur an der Interesseloseigkeit der Frau? Nein, das liegt zum großen Teil an den Genossen selbst. Wie oft habe ich Gelegenheit, die Genossen zu fragen: „Weshalb hast Du Deine Frau nicht mit in die Versammlung gebracht?“ Ich bekomme dann meist zur Antwort: „Dafür ist meine Frau nicht zu haben, für Politik hat sie kein Interesse.“ Komme ich aber bei Gelegenheit mit diesen „interesselosen“ Frauen zusammen, so muß ich oft folgendes hören: „Ich würde so gern in die Versammlungen kommen und auch in die Partei eintreten, aber mein Mann läßt mich nicht gehen. Er sagt, ich solle mich lieber um die Kinder und das Essen kümmern, das andere ginge mich nichts an. Frage ich ihn über eine politische Sache, die ich in der Zeitung gelesen habe, dann bekomme ich zur Antwort, daß ich zu dum sei, um das zu verstehen. Jetzt frage ich ihn nicht mehr und weiß somit auch von Politik nichts.“ Gewinnt man so die Frauen für den Klassenkampf? Oder gewinnt man sie, indem man den „Vorschlag“ des Genossen anwendet? Nein! Die Genossen und Genossinnen, die aufs engste mit der Partei verwichen sind, kennen keine „persönliche“ Beziehungen mehr, außer den politischen Beziehungen. Die Partei, der Klassenkampf ist zu ihrem Persönlichen geworden. Man kann die Frau auf einem anderen Wege gewinnen und zwar, wenn man ihr in der Praxis zeigt, was Kommunismus bedeutet, das heißt, wenn man sich ihr gegenüber als Kommunist benimmt, wenn man sie als gleichberechtigt behandelt, wenn man sie als Kamerad, als Freund aufzuklären versucht und zwar dort, wo sie die Politik am eigenen Leibe spürt: Lohn, Lebens-mittelpreise, Miete usw. Genossen, ermöglicht euren Frauen, in die Versammlung zu gehen oder ein Buch zu lesen, welches sie aufklärt, indem ihr mal bei der „Weiberarbeit“ zugreift und das „Recht und die Würde des Mannes“ an den Nagel hängt und die Frau wird es wohl fühlen, daß der Kommunismus ihr Familienleben nicht verschlechtert, sondern verbessert hat und wird nicht mehr leisen und zanken, wenn der Mann in die Versammlung geht, sondern wird ihm als Genosse und Kamerad im Kampfe an der Seite stehen. Genossen, denkt an die Worte Lenins: „Unsere kommunistische Arbeit unter den Frauenmassen, unsere politische Arbeit schließt ein großes Stück Erziehungsarbeit unter den Männern in sich ein. Wir müssen den alten Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel austrotten.“

Auf die Aufforderung des Artikels „Ein Vorschlag“ erlaube ich mir, an dieser Stelle einige Äußerungen zu tun. Ich selbst stehe

längere Jahre in der Bewegung, und glaube in dieser Zeit schon manches über Familienleben und Reichrungsversuche den Frauen gegenüber erfahren zu haben.

Ich kann mich dem Vorschlag des sich äußernden Genossen nicht anschließen, denn auf Grund unserer Parteizugehörigkeit sind wir politische Freunde und stehen durch unsere praktische politische Arbeit stets in persönlicher Beziehung. Würden wir dieses im Sinne des Genossen tun, so würde der Bewegung sehr geschadet; durch persönliche Freundschaft entsteht die direkte persönliche Feindschaft. Ich glaube, den Grund im Stillstand der Entwicklung einer Frau wo anders suchen zu müssen. Die Ueberzeugung, des betreffenden Genossen wird zu schnell vor sich ge-zogen sein. Wie es nun im Munde der Männer liegt, so verlangt derselbe einfach auf Grund seiner Einstellung von seiner Frau das gleiche. Zumeist fallen sie dann direkt mit der Tür ins Haus. Dadurch wird keine Frau über-zeugt, sondern man stoßt sie ab. Wenn es auf Grund dieser geistigen Disharmonien schon oft zu Streitigkeiten gekommen ist, so möchte ich den Genossen an dieser Stelle auf etwas anderes aufmerksam machen. Er sagt selbst, daß er nach der stattgefundenen Diskussion das Haus verließ und zu seinen politischen Freunden ging; gewiß im erregten Zustand. Wie dieser aussieht, kenne ich durch persönliche Erfahrung, und daß man dadurch keine Frau fesselt, ist doch nur selbstverständ-lich. Eine Frau ist von Natur aus anders beschaffen. Sie ist nicht so schnell zu einer überzeugten Kommunistin zu machen. Sie verlangt vor allem, daß das, was sie von ihrem Lebensgefährten hört, vor allem in seiner Familie verankert wird. Also: Ehemann, sei erst Kommunist innerhalb deiner Familie! Handle nach deinen Worten vorerst der Frau gegenüber!

Hat die Frau mit ihrem Manne den praktischen Kommunismus innerhalb ihrer Familie festgestellt, so wird sie sich auch dazu bekennen und nicht davon ablassen, denn sie legt vor allen Dingen Wert auf ein gefelliges Gemeinschaftsleben innerhalb der Ehe. Findet sie aber das gesuchte Glück nicht in ihrem Ehestand, so wird sie es gewiß nicht unter den politischen Freunden ihres Mannes finden. Ich hätte zu ihrer Belehrung folgende Vorschläge zu machen:

1. Genosse, zähle deiner Frau teils Kostgeld ob, sondern lege ihr deinen Lohnbeutel oder dein Stempelgeld voll in die Hände, damit ihr durch Haushalten klar wird, daß dein Einkommen zu niedrig ist, um die Unterhaltungskosten der Familie zu bestreiten. Hier ist ein Punkt, wo du mit deiner Ueberzeugung einhalten kannst.

2. Meidet nach Möglichkeit den Alkohol ganz und gar, denn dadurch kannst du keine Frau besonders überzeugen, daß dir der Kampf gegen unseren Feind, den Kapitalisten, ernst ist.

3. Bei persönlichen Differenzen setz ein Loch zurück und lasse dich nicht zu Grobheiten und beleidigenden Äußerungen hinreißen, eine Kluft zwischen euch zu setzen, welche später nie überbrückbar ist.

4. Vergesse bei keiner Gelegenheit das Sprichwort: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu!“ Sei deiner Frau in jeder Beziehung Kamerad, und nicht ihr Herr! Behandelt in diesem Sinne eure Frauen, und es wird euch gelingen, sie dem Kommunismus zuzuführen.

Genossin Anna Sch., Breslau.

Lieber Genosse! Du beklagst Dich, daß Du nicht richtig mit Deiner Frau lebst. Ich gebe Dir den Rat, behandle Deine Frau gut, sieh zu, daß Du ihr genügend Geld in die Wirtschaft gibst, nimm Deine Frau in die Versammlung mit, sieh zu, Genosse, daß Deine Frau einem politischen Theater wenigstens einmal im Monat bei-wohnt. Kaufe Deiner Frau das Buch „Die Frau in der Zukunft“ von Bebel. Und, lieber Genosse, wenn Du meinem Räte folgst, Du wirst sehen, daß aus Deiner Frau eine tüchtige Kämpferin wird.

Hindenburg-Zaborze.

Ungefähr vor einem Monat sandte die Frauenabteilung der Bezirksleitung Schlesien an die Bergarbeiterinnen im Revier Walden-burg Fragebogen, um durch sie Material zu erhalten und somit die Deseffektivität über die niedrigen Löhne und das schlechte Los der Bergarbeiter unterrichten zu können. Die angeführten Fragen be-faßten sich insbesondere mit der Höhe des Lohnes, der Höhe des Abschlags, des Kostgeldes. Ferner, wieviel Kinder in der Familie sind und wie die Wohnung beschaffen ist. Ferner wurden die Berg-arbeiterinnen gebeten, einen Wochenhaushaltsplan auf-zustellen und einzusenden. Leider sind bis jetzt nur wenige Frage-bogen beantwortet worden, aus denen wir nachstehend den Inhalt veröffentlichen:

Ein Bergbauer auf Friedenshoffnungsgrube erhält Abschlag 25 Mark und bekam am Dezember 1930 Mark Lohn ausgezahlt. Die zwei Kinder von zwei und sieben Jahren besitzen kein eigenes Bett. Die Wohnung besteht aus einer kleinen Stube und Küche. Die Wirt-schaftsgeld beträgt 12,50 Mark und Lichtgeld 1,40 Mark. Das Wirt-schaftsgeld beträgt 16 Mark. Nach dem neuen Lohnsatz ist der Lohn nicht gestiegen, da das Bedinge daselbst geblieben ist. Kleider, Wäsche, Schuhe kann die Familie nicht anschaffen, besonders fehlen Kleider, Betten und Möbel. Nach Angabe der Frau müßte das Wochenlohnkommen mindestens 20 Mark mehr betragen, um einigermaßen menschenwürdig leben zu können.

Auf die Frage, was unternommen werden müßte, um zu einem besseren Dasein in Deutschland zu gelangen, gibt die Bergarbeiterin die einzig richtige Antwort und zwar: Revolution!

Kapitalistischer „Mutterstolz“ und Mütterfürsorge in der Sowjetunion

Wüstewaltersdorf. Eine junge Arbeiterin aus Schlie-sisch-Falkenberg befand sich auf dem Heimwege von ihrer Arbeitsstelle, als sie plötzlich mitten auf der wenig ver-kehrreichen Landstraße nach Falkenberg vom Storch überfahren wurde. Das Mädchen besaß die Kraft, sich sofort ihres Oberrodes zu entledigen, packte das Kind hinein, um es vor Kälte zu schützen, und ging — man sollte es kaum für möglich halten — heim. („Arbeiter-Zeitung“ vom 1. Februar 1928.)

Dieser Vorfall schildert treffend den „ausreichenden“ Mutter-schutz in der Republik Deutschland. Wohl erhalten die schwangeren Arbeiterinnen in Deutschland 3 Wochen vor und 3 Wochen nach der Geburt Urlaub, doch werden die Unternehmer nicht verpflichtet, für diese sechs Wochen den Lohn weiterzuzahlen. Wenn also die Ar-beiterin nicht verhungern will, ist sie gezwungen, bis zur letzten Stunde ihrer Niederkunft ihre Arbeit zu verrichten. Ferner darf der Unternehmer eine Arbeiterin wegen Schwangerschaft nicht entlassen. Aber daß der Unternehmer eine Arbeiterin während der Schwanger-schaft überhaupt nicht entlassen darf, steht das Gesetz nicht vor. Wenn der Unternehmer also eine schwangere Arbeiterin rauswerfen will, so findet er schon irgendeinen Vorwand, sie auf die Straße zu setzen. Ganz anders sieht es dagegen in Rußland aus. Dort ist es für die werktätige Frau tatsächlich eine Freude, Mutter zu werden, dort hat sie nicht nötig, auf der Landstraße zu entbinden. Denn in Sowjet-rußland herrscht ein ausreichender Mutter- und Kinderschutz.

Selbst sozialdemokratische Arbeiterbelegierte, die in Rußland waren, bestätigten, daß eine Arbeiterin zwei Monate vor und zwei Monate nach der Entbindung Urlaub mit vollem Lohn bekommt, daß man den stillenden Frauen gestattet, acht Monate nach der Entbin-dung täglich eine Stunde der Arbeit fern zu sein, ohne Lohnkürzung, daß man diesen Müttern neun Monate nach der Entbindung fort-laufend eine Extrazulage von einem Viertel des Lohnes gewährt, ferner erhalten sie am Tage der Geburt eine vollständige Säuglings-ausstattung. Bei den Betrieben sind Stillkrippen und Kindergärten genügend vorhanden. Das sollte doch den Arbeiterinnen zu denken geben. Wir proletarischen Frauen müssen begreifen, daß die end-gültige Befreiung der Frauen nur mit der Befreiung der Arbeiter-klasse vom kapitalistischen Joch möglich ist. Darum, Arbeiterinnen, nicht abwärts stehen, sondern kämpft mit für die Befreiung des Ge-samtproletariats! Hinein in die kommunistische Partei!

Aus den Gewerkschaften

Genosse Sobotta soll aus dem Berg-arbeiterverband ausgeschlossen werden

Vor einigen Wochen haben einige Waldenburger Genossen uns mitgeteilt, daß sie erfahren haben, die Bezirksleitung Gelsenkirchen des Bergarbeiterverbandes hätte gegen den Genossen Sobotta den Ausschluß aus dem Verbande beim Verbandsvorstand be-antragt. Mitgeteilt wurde dies in einer Besprechung sozialdemo-kratistischer Funktionäre. Wir haben darauf bei dem Genossen So-botta angefragt, ob das stimmt. Genosse Sobotta teilte uns Mitleide des vorigen Monats mit, daß ihm von einem Ausschluß-verfahren nichts bekannt sei. Jetzt teilt uns der Genosse Sobotta mit, daß er nun Ende Januar doch einen Brief vom Hauptvorstand erhalten habe, in dem ihm mitgeteilt wird, daß die Bezirksleitung Gelsenkirchen seinen Ausschluß aus dem Verbande beantragt habe. Die Mitteilungen unserer Waldenburger Genossen haben sich somit bestätigt.

Da wir die Gründe nicht kennen, die für den Ausschluß des Genossen Sobotta aus dem Bergarbeiterverbande angeführt werden, wollen wir heute noch nicht näher dazu Stellung nehmen. Eins müssen wir jedoch betonen, daß es eigentümlich ist, daß der Aus-schlußbescheid jetzt kurz vor der Verbandsgeneralversammlung kommt. Ohne Zweifel soll dadurch verhindert werden, daß Genosse S. zur Generalversammlung gewählt wird. Wir glauben, daß die Mitglieder des Verbandes mit diesem Vorgehen gegen die Disposition nicht einverstanden sein werden. Dies um so mehr, als Genosse Sobotta besonders im Kampf um die Einheit der Bergarbeiter stets seine ganze Kraft eingesetzt hat. Wir glau-ben, daß die Zahlreichen des Verbandes sofort dazu Stellung nehmen müssen, um den Ausschluß des Genossen Sobotta zu verhindern.

Ein SPD-Kassierer ge-haßt

Bei der Generalversammlung der Zimmerer in Riesa wurde der Kassierer Kösch, der seit langen Jahren die Geschäfte des Verbandes führte, SPD-Größe von ganz besonderer Qualität, nicht mehr gewählt. Veranlassung gab folgendes: Die Zimmerer von Riesa sind dem jeder ein gutes Schicksal, und so konnte der „hoch-geschätzte“ Kollege von seinem Selbstwechselpatent Gebrauch machen.

Sagte ein Kollege eine unbedachte Frage zu stellen — dann wehe! Nun ist Kösch in den letzten Jahren dauernd auf Montage, meist wochenlang. Er fand, seiner Meinung nach, keinen besseren Ver-treter als — seine Schwägerin. Die Kollegen protestierten, doch der Vorstand befehl. Und da passierte es, daß der Unterkassierer K. für 350 Mark Karten erhielt, ohne jedoch Geld abzulesern. Diese Sache verärgerte man mit Rotenrückzahlungen aus der Welt zu schaffen. Wie lange wird der Kollege, der ein SPD-Streiter ist, noch abbezahlen wollen? Im Herbst 1927 war der Unterkassierer K. etwa 300 Mark im Rückstand geblieben. Die Revisoren nebst Vorstand blieben etwa ein Jahr verschwiegen. Da im vorigen Herbst der Kassierer wieder auf Montage war, machte die Schwägerin, trotz Protest, wiederum den Zahlmeister. Nun kam die Jahres-versammlung, und siehe: es fehlten 330 Mark. Die Verteidigung des Kassierers war folgende: „Meine Schwägerin wollte das Geld abbletern und ging zur Post.“ Auf dem Wege dorthin ging das Geld verloren.“ Fertig — Schluß. Die Jahresversammlung hat nun einen Versuch gemacht, durch die Wahl eines anderen Kassierers der Wirtschaft ein Ende zu machen.

Aus den Breslauer Steingutwerken

Die letzte Nummer des „Keramischen Bundes“ veröffentlicht aus den Breslauer Steingutwerken (in zwei Betrieben ca. 500 Beschäf-tigte) einen längeren Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Firma ist 1877 gegründet. Sie hätte im vergangenen Jahre, am 1. April, das Jubiläum ihres 50-jährigen Bestehens feiern können. Als Jubiläumsgeschenk hatte sich die Arbeiterkassette schon einen Ver-bandskasten mit einer richtigen Schere gewünscht. Die Schleifer hatten gehofft, Summenschützen zu erhalten. Die im Evendenen Beschäf-tigten glaubten bestimmt, Holzspannen zu bekommen, damit sie sich nicht mehr ihre Schuhe verbrühen. Ganz Erwartungsvolle glaubten sogar, daß man einen Fahrradständer von der Firma gestiftet erhalten würde, oder eine Koffertanlage. Besigter Erwartungsvolle meinten,

Arbeitslose in Schlesien!

Wählt Delegierte zu der am 11. und 12. 2. in Breslau stattfindenden Landarbeiterkongressen!

wenn wir statt Arnika Jod für unsern Verbandskasten erhalten, dann genügt es auch schon. Aber, wie gesagt, alle Erwartungen sind nicht zugekommen. Die Direktion hatte eben für solche Zwecke nichts übrig gehabt; aber für die Direktion selbst, da scheint eine ganze Menge Geld vorhanden zu sein. Die beiden Betriebe sind noch nicht ganz 500 Beschäftigten haben einen Generaldirektor, dazu in jedem Be-trieb einen Direktor, weiter einen Sozialdirektor — das wird der sein, der aus sozialen Gründen das Jubiläum abgeblasen hat. Dann weiter für jeden Betrieb einen Betriebsleiter. Ferner einen Be-triebskassierenden, einen Betriebs-Ingenieur. Der Sohn des Herrn Generaldirektors und der Sohn des einen Direktors sind im Betrieb beschäftigt, dazu noch 20 technische Beamte: Mühlenmeister, Brenn-hausaufseher, Viehmeister, Stanzmeister, im Packraum sind nur 17 Personen beschäftigt, zwei Meister sind dort. In der Puffstube sind 20 Möbel beschäftigt, dazu ein Meister. 8 Formenträger sind da, dazu ein Meister. Ist das nicht ein bißchen viel? Da ist es kein Wunder, daß Professor Verhosen 50 Prozent Lohnanteil an den Gesperrkosten bei der Porzellan- und Steingutfabrikation errechnet. Aber er soll ja beileibe nicht dieses etwa der Arbeiterschaft zuschreiben. Im Oktober v. J., als 2 Prozent Lohnzulage laut Tarif gegeben werden mußten, strich man in Breslau den Zeitlohnern die Leistungs-zulage, so daß die Zeitlöhne jetzt in der Großstadt Breslau, die 550 000 Einwohner hat, den nackten Tariflohn als Lohnsatz erhalten.

Ein Kollege aus dem Betriebe machte uns folgende ergänzende Mitteilungen: Nicht zu vergessen ist die famose Wasch- und Bade-gelegenheit. Die Garderobenträume sind Affenställe, oben mit einem Gitter. Die durchschwitzten, mit Sand am ganzen Körper bestreuten Schwäger können sich wohl 15 Minuten vorher anziehen, aber zum Baden ist keine Zeit und Gelegenheit vorhanden. Einen Speiseraum gibt es nicht. Kaum hat es gepuffen, so ist der Meister schon da und kommandiert: „Los, lustig in die Arbeit!“ So geht es tagaus und tagein. Der Manteltarif läuft Ende März ab. Jetzt ist die günstigste Gelegenheit, den Kampf um seine Verbesserung vorzubereiten.

Heft 3 der „Internationale“ ist erschienen! Aus dem Inhalt haben wir hervor: B. Ulrich: Die Hüttenarbeiterbewegung. — Edwin Hörmel: Der Kampf um das Reichsschulgesetz. — E. S.: Der Leninismus und die Frage der Abrüstung. — Peter Maslowski: Die proletarische Freiheitsbewegung. — Rudolf Gerber: Die Bedeutung der Zahlungsbilanz im System des deutschen Imperialismus. — 30 Seiten. Die Zustimmung der revolutionären Lage in China. (Preis 20 Pf. pro Heft, in jeder Buchhandlung sowie durch die Postanstalten zu beziehen.)

Wiederaufnahmeverfahren für Max Goetz

Traute Goetz

Täuschen Sie sich nicht, lieber Freund, unsere Richter sind unbefestigt geworden, vollkommen unbefestigt, nicht die größte Geldsumme könnte sie dazu verführen, Recht zu sprechen. Diese Worte hat Herr Dr. Johannes R. Brecher, den des Hochverrats angeklagten Dichter. Seine noch so große Geldsumme kann unsere Richter verführen, Recht zu sprechen, aber noch viel weniger sie dazu bringen, einen unerhörten Justizirrtum wieder gutzumachen.

Seit dem Tage der Inhaftierung von Max Goetz kämpft er dagegen, als Mitschläger verurteilt worden zu sein. Das sind bereits sieben Jahre. Seit zwei Jahren widerufen die Hauptzeugen ihre gegen ihn gemachten Aussagen, seit fünf Vierteljahren hat sich der wahre Täter selbst geblüht. Mitter Meistler erkennt die Unschuld meines Mannes an, doch er bleibt hinter Zuchthausmauern vergraben.

Die Richter sind unbefestigt.

Für ihn als Verurteilten eines dieser famosen Ebertschen Sondergerichtshöfe, gab es nicht die Möglichkeit der Berufung gegen das unerbittliche Urteil. Ihm bleibt nur der Weg des Wiederaufnahmeverfahrens. Diese Möglichkeit ist aber durch ein paar ganz besonders interessante Paragraphen so beschränkt, daß sogar Justizrat Wisberg in seinem Werke darüber schreibt, daß in Deutschland auf

1000 Verurteilungen nur vier Wiederaufnahmen

fallen. Dr. Apffel und Genosse Professor Halle haben den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens für Max Goetz eingereicht. Ein Antrag, der juristisch und in seinem Material so genau und eingehend, so überlegt und meisterhaft ist, daß dem Antrag nicht ausweichen werden kann. Er ist nicht nur ein Antrag auf Wiederaufnahme dieses Verfahrens, sondern er stellt eine epochemachende Arbeit dar, ein Brechschlagen gegen die veraltete Justizatur des deutschen Wiederaufnahmeverfahrens. Vor allen Dingen verlangen diese Paragraphen das Vorbringen neuer Tatsachen. Daran allerdings ist unser Antrag enorm reich. Ein Material von neuen Tatsachen ist angehäuft, das bei seiner Veröffentlichung

ungeheures Aufsehen

erregen wird. Dinge, die der Staatsanwaltschaft direkte Rechtsverletzungen nachweisen.

Einiges davon hat schon in der Beratung des Justizrats der Genosse Abgeordnete Münzberg vor dem „hohen Hause“ des Reichstages ausgebreitet. Er legte die Skizzen vor, die die Staatsanwaltschaft damals zum Schuldbeweis für meinen Mann gebraucht hat. Und stellte diesen Skizzen amtliche gegenüber, die ergaben, daß der Tatort wesentlich anders ausgesehen hat. Dabei muß man bedenken, daß an der Hand von falschen Skizzen, ohne einen Lokaltermin geurteilt wurde. Das trassierte die Eidesausagen der Hauptzeugin Frau Heß, die mehrere Male unter Eid differenzierende Protokolle abgegeben hat und nicht nur Goetz in das Zuchthaus brachte, sondern auch einen 22jährigen Willy Günther, der durch einen höchst mysteriösen, ungeklärten Unfall im Zuchthaus voriges Jahr höchlich verstorben ist. Im Urteil gegen diesen Günther, das ihm sieben Jahre Zuchthaus zubilligte, heißt es: „... schließlich will auch Frau Heß gesehen haben, daß Günther auf ihren Mann schob.“ Jetzt, da dieser junge Mensch tot ist, sagt dieselbe Zeugin in Halle bei einem Verhör zum Falle Frische aus: „Daß Günther geschossen hat, habe ich nicht gesehen, das muß auf einem Mißverständnis beruhen.“ Durch Mißverständnis der Hauptzeugin ruht Willy Günther auf dem Zuchthausfriedhof und verbringt Max Goetz sein Leben hinter diesen entsetzlichen Mauern.

Aber nichts wird unsere Richter verführen, ein Unrecht wieder gutzumachen. Das J'accuse der öffentlichen Meinung, die Empörung der beleidigten Arbeiterklasse und die Protestaktion aller denkenden Menschen muß diese deutsche Drenfus-Affäre, diesen zweiten Fall Sacco und Vanzetti, dieses schmachvolle Verfahren der Justizbürokraten anprangern.

*

N. B. Genossin Traute Goetz und der Rechtsanwalt Dr. Apffel-Berlin werden in einer großen Kundgebung am Donnerstagabend in Breslau in den Zentralhallen über das Wiederaufnahmeverfahren sprechen. Auch in der Provinz werden gleiche Kundgebungen stattfinden.

Aus dem Ruhrbergbau

Die Kohlenförderung 1927

Der im Jahre 1926 durch den englischen Bergarbeiterstreik erfolgte günstige Umschwung im Ruhrkohlenbergbau hat sich auch im Jahre 1927, ähnlich wie in Oberschlesien, weiter auswirken können. Trotz der erheblich verschärften englischen Konkurrenz auf dem Weltkohlenmarkt, vermochte der Ruhrbergbau im Jahre 1927 seine Produktion vermehren zu steigern, daß heute geradezu von einer Rekordförderung gesprochen werden kann. Hierbei war es in erster Linie die Inlandskonjunktur, welche dem Ruhrbergbau eine weitere Entfaltung ermöglichte. Der Ruhrbergbau wies gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von zirka sechs Millionen Tonnen, gleich 5,36 Prozent, auf und konnte mit einer Gesamtförderung von 118 Millionen Tonnen die Vorkriegsproduktion um vier Millionen oder 3,5 Prozent überschreiten. Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes betrug im Jahre 1913 (in 1000 Tonnen) 114,163, im Jahre 1925 104,336, im Jahre 1926 112,192 und im Jahre 1927 118,066. Die arbeitstäglige Förderung konnte innerhalb derselben Zeit von 373 555 Tonnen auf 390 000 Tonnen gesteigert werden. Allein gegenüber dem Vorjahr beträgt die Steigerung der arbeitstägligen Förderung 19270 Tonnen. Bis zum Jahresende dürfte die arbeitstäglige Förderung auf über 400 000 Tonnen erhöht worden sein.

Eine besonders starke Entwicklung weist die Kohlerzeugung auf. Während die Bricketherstellung das Vorkriegsniveau noch nicht erreichen konnte, vermochte die Kohlerzeugung dasselbe bereits erheblich zu übersteigen. Auch bei der Kohlerzeugung läßt sich feststellen, daß die arbeitstäglige Förderung die Vorkriegsleistung bedeutend überholt hat und besonders gegenüber den Vorjahren eine rapide Steigerung aufweist, was vor allem als Folge des Rationalisierungsprozesses anzusehen ist. Die äußerst günstige Entwicklung der Kohlerzeugung wurde besonders durch die gute Konjunktur in der Eisenindustrie bedingt, die erst vor kurzem die bescheidenen Forderungen der in ihr beschäftigten Belegschaften entschieden ablehnte, und die es heute wagt, eine Erhöhung ihrer Preise vorzunehmen.

Was die Kaldenbestände anbetrifft, so haben sich gerade die Kohlenbestände um die Hälfte verringert, während die Kohlenbestände von 25 000 Tonnen im Januar auf 320 000 Tonnen im Dezember stiegen.

Wenn die Zahl der Belegschaft auch eine gewisse Stabilität während des Jahres aufweisen konnte, so ist sie immerhin von 116 496 im Januar auf 998 823 im Dezember gefallen. Wesentlich aber ist, daß die Zahl der Feierschichten einen gewaltigen Umfang angenommen hat. Verzeichnete der Januar kaum 1600 Feierschichten, so begann bereits im Februar eine sprunghafte Aufwärtsentwicklung, die im April ihren Höhepunkt mit 236 792 Feierschichten erreichte und selbst im Oktober noch über 105 000 betrug.

Während die Grubenbarone auch im vergangenen Jahre riesige Profite buchen können, wozu ihre umfangreichen Neuanlagen ein beabsehbares Zeugnis ablegen, war es wiederum die Arbeiterkraft, die sich in ihren Forderungen behaupten mußte und einer gestelgerten Ausbeutung ausgeliefert war. Die Rekordförderung des Ruhrbergbaues im Jahre 1927 war schließlich möglich, obgleich die Zahl der Belegschaft vermindert wurde und das Antriebsystem immer höhere Opfer von den Pumpen erforderte. So ist auch das Konjunkturjahr 1927 vorbeigegangen, ohne von den Gewerkschaften zu großartigen, einheitlich zusammengeführten Kämpfen der gesamten deutschen Bergarbeiter ausgenutzt zu werden.

Der Kampf um die Siebenstundenschicht

Ende Januar hat die Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes in Bochum zu der Lohn- und Arbeitszeitfrage Stellung genommen und den Vorstand beauftragt, Lohnabkommen sowie Mehrarbeitsabkommen für den Ruhrbergbau zum 30. April zu kündigen. Dieser Beschluß ist gegen den Willen des Verbandsvorstandes zustande gekommen. Der Verbandsvorstand beabsichtigte nur das Lohnabkommen zu kündigen, nicht aber das Mehrarbeitsabkommen. Die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes denken dagegen anders. Die Funktionäre auf der Revierkonferenz konnten sich dem Willen der Verbandsmitglieder nicht entziehen, sondern mußten den Vorstand beauftragen, auch das Mehrarbeitsabkommen zu kündigen und den Kampf für die Einführung der Siebenstundenschicht aufzunehmen. Die Bergarbeiter haben noch das ihnen gegebene Versprechen nicht vergessen, daß die Siebenstundenschicht wieder eingeführt wird, sobald die

Förderung der Vorkriegszeit erreicht und die Kohlennot beseitigt ist. Dann sollten sie die im Gesetz vom Juli 1922 festgelegte Siebenstundenschicht wiederhaben.

Das Verhalten des Verbandsvorstandes des Bergarbeiterverbandes berechtigt jedoch zu der Schlussfolgerung, daß er trotz der radikalsten Reden der letzten Wochen und trotz des radikalsten Verhaltens Gusemanns auf der Bochumer Revierkonferenz nicht den ernstesten Willen hat, wirklich eine Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden durchzusetzen. Würde das der Fall sein, dann würde der Verbandsvorstand sich nicht auf das Ruhrgebiet beschränken, sondern die Mehrarbeitsabkommen und Lohnabkommen in allen Steinkohlenrevieren zum 30. April kündigen, um gemeinsam im gesamten deutschen Bergbau den Kampf aufzunehmen.

Gusemann hat auf der Bochumer Revierkonferenz gesagt: Die gesamte Bergarbeiterschaft des Ruhrgebietes muß hinter und neben und mit uns bereit sein, auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, nicht zurückzuschrecken. Gusemann weiß aber genau, daß wir in Deutschland eine Schlichtungspraxis haben und daß der Reichsarbeitsminister in der Lage ist, vor dem 1. Mai einen Schlichtungsbescheid zu fällen, der die Wünsche der Unternehmer berücksichtigt und die Arbeiterkraft um ihre berechtigten Forderungen betrügt. Sollen darum die radikalsten Worte Gusemanns einen Zweck haben, so muß er auch erklären, daß selbst im Falle eines Schlichtungsbescheides und seiner Verbindlichkeitsklärung der Vorstand des Bergarbeiterverbandes einen Streik führen wird um die berechtigten Forderungen: Erhöhung des Lohnes um 1 Mark und Wiedereinführung der Siebenstundenschicht. Solange der Verbandsvorstand das nicht erklärt, solange werden die Kommunisten Kritik über an seinem Verhalten und werden sich auch nicht scheuen lassen durch die Hege, die Gusemann nach dem Beispiel seiner Freunde im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf gegen die Kommunisten auf der Revierkonferenz eröffnet hat. Auch die Arbeiterkraft wird erkennen, daß die Hege gegen die Kommunisten, die Gusemann beginnt, nur verschleiern soll seine wirklichen Absichten, sich wie immer hinter einem Schlichtungsbescheid des Reichsarbeitsministers zu verstecken.

Brief von 16 Hamburger sozialdemokratischen Arbeitern

Gegen die Koalitionspolitik — Das ist ihre Forderung

16 sozialdemokratische Arbeiter in Hamburg haben an den Vorstand der SPD, an den Ortsausschuß des ADB, und die Bezirksleitung der SPD einen Brief gerichtet. Sie stellen fest, daß die Sozialdemokratie in all den Jahren der Koalitionspolitik in Hamburg immer das fünfte Rad am Wagen gespielt und die arbeitserzählenden Maßnahmen des Senats gebekkt hat. Sie fordern, daß jetzt, nachdem sich die Parlamentsverhältnisse geändert haben, die Mehrheit von SPD und ADB ausgenutzt werde im Interesse des Proletariats. Die Verhandlungen darüber scheiterten nach der Meinung dieser sozialdemokratischen Arbeiter an der falschen Forderung der Führer der SPD, daß die SPD in den Senat eintreten müsse. Die SPD könne bei ihrer grundsätzlichen revolutionären Kampfstellung gegenüber dem bürgerlichen Staat auf eine solche Forderung nicht eingehen. Trotzdem muß die Mehrheit von SPD und ADB ausgenutzt werden. Das ist möglich, wenn SPD und ADB folgende Vorschläge durchführen. Die sozialdemokratischen Arbeiter zählen diese Vorschläge auf:

- a) Die SPD erklärt, daß sie mit der Koalitionspolitik Schluss macht, die SPD erklärt sich bereit, die Bildung eines sozialdemokratischen Senats zu ermöglichen.
- b) Die SPD erklärt sich bereit, dem sozialdemokratischen Senat die Durchführung jeder im Interesse der Werktätigen liegenden Maßnahme in der Bürgerschaft und außerparlamentarisch zu ermöglichen.
- c) Die SPD verpflichtet sich, eine Arbeiterpolitik auch gegen den schärfsten Widerstand der Bourgeoisie durchzuführen.
- d) Es müssen eine Reihe Forderungen durchgeführt werden:
 - 1. Für die Erwerbslosen.

- 2. Maßnahmen für die Betriebsarbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten, Achtstundentag und 45-Stunden-Woche in allen kommunalbetrieblichen, Verbot der Ueberarbeit, örtliche Epikentöne in allen Staats- und gemischtwirtschaftlichen Betrieben, Abwehrmaßnahmen gegen Betriebsunfälle, Arbeitsnachweise unter Kontrolle der Betriebsräte und freien Gewerkschaften, Verabschiedung des von der SPD beantragten Hafengesetzes, Unterstützung aller Gewerkschaftskämpfe.
- 3. Kommunalisierung der gemeinnützigen Betriebe.
- 4. Wohnungsbau und Mieterschutz.
- 5. Entlassung reaktionärer Beamten in Justiz und Polizei.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sind der Meinung, daß ein einheitliches Vorgehen mit der SPD, die eine Arbeiterpartei ist, auf alle Fälle nutzbringend für die Arbeiterklasse ist, während die Koalitionspolitik mit den Parteien der Bourgeoisie verderblich ist. Der Brief schließt mit der Feststellung, daß die Liebe zur Hamburger Arbeiterbewegung die Veranlassung zum Briefe war, daß er unterzeichnet wurde, um gegen die Zersplitterung des Proletariats und für die proletarische Einheitsfront zu wirken.

Unser Hamburger Bruderorgan, die „Hamburger Volkszeitung“, bracht den Brief der 16 Sozialdemokraten ab und bemerkt, daß dieser Brief einige Tatsachen zwar nicht berührt, daß noch nicht offen ausgesprochen sei, daß nur die SPD für die Ausnutzung der Mehrheit zur Durchsetzung von proletarischen Forderungen ist, daß aber trotzdem die SPD diesen Schritt der sozialdemokratischen Arbeiter warm begrüßt und sich mit aller Energie für die Ausnutzung der Mehrheit und die Durchsetzung der Arbeiterforderungen, die im Briefe aufgestellt sind, einsetzen wird.

Aus aller Welt

Gehenslichkeiten eines Aristokraten

Ein hilfloses Mädchen bestialisch mißhandelt — Acht Monate Gefängnis für den verberben Knappling

Gegen den Gutsherrn Alexander Freiherr von Zoller aus Fuchsmühl fand vor dem Strafgericht im Justizpalast München eine Verhandlung statt. Er hatte sich wegen seiner pervertierten Roheiten zu verantworten. Dieser sanftere Herr hatte sich nach einem Raibodabend im Hotel „Der Jahreszeiten“, der sich bis gegen Mitternacht hinzog,

unglaubliche Roheiten gegen eine junge Bankbeamtin, die er auf der Straße traf, zuschulden kommen lassen.

Dieses Mädchen lockte er in seine Wohnung, angeblich um ein Nidchen zu trinken. In der parterre gelegenen Wohnung angekommen, forderte der Freiherr das Mädchen auf, sich sofort auszuziehen, sonst reiße er ihr die Kleider vom Leibe. Da sich die Bankbeamtin weigerte,

schlug er mit einer Reitpeitsche so lange auf sie ein, bis sie seiner Forderung nachkam.

Darauf drückte er das entkleidete Mädchen zu Boden, faßte es am Kopf und schlug mit aller Gewalt mit der Reitpeitsche auf den Rücken. Nach einiger Zeit fragte er, ob sie Schmerzen habe, worauf die Mißhandelte händeringend um Schonung bat. Dieser edle Freiherr legte hierauf auf die zahlreichen blutunterlaufenen Striemen Waseline auf, um dann neuerdings auf das Mädchen mit der Reitpeitsche einzuschlagen. Wie das Mädchen als Zeugin beklundete,

hat Zoller fast dreiviertel Stunden mit der Reitpeitsche den nackten Körper bearbeitet.

Schließlich gelang es der Mißhandelten, nachdem Zoller die

unverschämtesten Dinge von ihr verlangte, sich freizumachen, das Fenster aufzumachen und um Hilfe zu rufen. Ein vorübergehender Arbeiter rief dem Zoller zu: „Schäme dich, deine Alte so zu schlagen“, und eilte auf die Polizeistation. Ein Polizeibeamter begab sich in die Wohnung des Zoller und nahm ihn nach Feststellung des Sachverhaltes mit. Der ganze Körper des Mädchens war schauerhaft zugerichtet und über und über mit blutunterlaufenen Striemen bedeckt. Das Urteil gegen diesen verkommenen Rohling lautete auf acht Monate Gefängnis, abzüglich der sechs Wochen Untersuchungshaft. Dieses Urteil zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit das Gesicht der heutigen Klassenjustiz.

Drei Arbeiter schwer verletzt.

In Werderholz bei Schwerin erlebte bei der Vorbereitung einer Stubbensprengung eine Sprengpatrone zu früh, wodurch drei Arbeiter erheblich verletzt wurden.

Verhaftung einer Räuberbande.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, zwei bisher noch gesuchte Mitglieder der gefährlichen vierköpfigen Räuberbande festzunehmen, die in der letzten Zeit in der Umgegend Berlins gefährliche Raubüberfälle unternommen hatte. Es handelt sich um einen Heinrich Friggen und einen Mann namens Fritz Hermann, deren Schlupfwinkel in einem Hause in der Umgegend des Gleisfeldes

Der Breslauer Einzelhandel stößt gegen die Angestellten vor

Neue unverkürzte Forderungen der schlesischen Hausbesitzer

Der Schlesische Haus- und Grundbesitzer-Bund hatte Sonntag wieder einmal eine Protestversammlung nach dem Schloßerber-Saal einberufen...

Diese Fürsorge der Hausbesitzer um die Mietpreise ist während dieser Jahre, die ständig nach Heraussetzung der Mieten streben, wollen der Öffentlichkeit einreden, daß sie den Abbau der Hauszinssteuer im Interesse der Mieter verlangen...

Zur Polizeiheldentat in der Zaichenstraße

Die bürgerliche Sensationspresse berichtet über den bereiteten Einbruch im Leihhaus Schlesien im Stile eines Kriminalromans. Offenbar soll bei dieser Gelegenheit wieder mal Reflektoren für die Breslauer Kriminalpolizei gemacht werden...

Sowohl außerhalb als auch innerhalb des Lokals hätte es der Polizei bei ihrer vielfachen Uebermacht möglich sein müssen, den Täter ohne Anwendung der Schußwaffe zu überwalligen...

Auch die Kriegs- und Arbeitsunfall den wollen wir zeigen

Um ihren Mitgliedern ein objektives Bild über die Verhältnisse und den Aufbau in Sowjetrußland zu vermitteln, hatte die hiesige Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Kriegs- und Arbeitsopfer ein Mitglied der letzten Arbeiterdelegation zu einem Vortrag gewonnen...

Der mit größter Aufmerksamkeit angehörte Vortrag wie die darauffolgende Fragenstellung und Diskussion bewies, daß auch die Kriegs- und Arbeitsopfer dem ersten Arbeiterstaat der Welt das regste Interesse entgegenbringen.

Die Arbeit der Feuerwehr. Am 4. Februar wurde die Feuerwehr nach Wölflstraße 17 alarmiert. Durch Unvorsichtigkeit beim Umgang mit Licht waren in einer im ersten Stock gelegenen Wohnstube die Gardinen in Brand geraten...

Breslau, 7. Februar. Ueberall machen sich Bestrebungen bemerkbar, auch den Angestellten die weniger Ertragschancen ihres Kampfes wieder zu rauben. Verlängerung der Wochenarbeitszeit und Sonntagsdienst sind die Forderungen der „Praxispole“...

An die Mitglieder der inneren Stadt! In der Bezirksversammlung vom 26. Januar d. J. ist die Anregung gegeben worden, über die Erfolge des „Dienstaßens“ an den Sonntagen vor Ostern und Pfingsten Unterlagen zu sammeln.

Dadurch wollen wir ermöglichen, mit Hilfe der Handelskammer und der verschiedenen Wirtschaftskörperschaften den Herrn Regierungsbzw. Polizeipräsidenten zu beweisen, daß sich das Vorkommen an den Sonntagen vor Ostern und Pfingsten für alle Branchen des Einzelhandels als eine unbedingte Notwendigkeit und für die Konsumentenschaft als unabweisbares Bedürfnis herausgestellt hat.

- Wir bitten daher, uns postwendend folgende Fragen zu beantworten: 1. In welchem Verhältnis standen die Leistungen Ihres Geschäfts an den Sonntagen vor Ostern und Pfingsten zu denen an den beiden Sonntagen vor Weihnachten im Jahre 1927? 2. In welchem Verhältnis standen die Sonntage vor Ostern und Pfingsten des Jahres 1927 zu denen des Jahres 1926? 3. In welchem Verhältnis stand der Ostermontag des Jahres 1927 zur Gesamteinnahme des Monats April und der Pfingstsonntag des Jahres 1927 zur Gesamteinnahme des Monats Juni?

4. Konnten Sie die Beobachtung machen, daß Ihr Geschäft an den Sonntagen vor Ostern und Pfingsten stark durch Kundenschaft aus der Provinz besucht wurde? In welchem Verhältnis?

Die Angaben sind lediglich in Prozenten zu machen. Beispiel: „An den Sonntagen vor Ostern und Pfingsten habe ich 30 Prozent mehr umgesetzt als an denen vor Weihnachten“; oder „Meine Leistung an den Sonntagen vor Ostern und Pfingsten 1927 betrug 20 Prozent der Gesamtleistung des Juni“.

Da die Angelegenheit außerordentlich eilig ist, erbiten wir Rückmeldung sofort! Gleichgültig bitten wir dringend, auch die Kundfragen in unserer Februarzeitung zu beachten und sofort zu beantworten!

Veren des Breslauer Einzelhandels E. V. Geschäftsführung.

Die Angestellten und ihre Gewerkschaft werden diesen Bestrebungen ihre ganze Aufmerksamkeit widmen müssen. Denn ist erst einmal ein Schritt vorwärts zur Aufhebung der Sonntagsruhe gelungen, werden bald weitere folgen. Auch andere Berufe, wie Bäcker, Lebensmittelgeschäfte usw., werden dann ebenfalls von der „unbedingten Notwendigkeit“ der Sonntagsarbeit „überzeugt“ sein.

Das laufende Publikum, besonders die Arbeiterschaft, muß gegenüber den Angestellten Solidarität üben. Es darf nicht den Vorwand zur Begründung der Forderung der Unternehmer geben, die behaupten, die Freigabe des Sonntags läge im Interesse der Käufer. Die Landbevölkerung muß ihren Kampf für Verkürzung ihrer eigenen Arbeitszeit fähigen, um eventuelle Stadelkäufe während der Wochentage ausführen zu können.

Die Angestellten werden zu diesen Dingen Stellung nehmen und den Vorstoß der Unternehmer ablehnen müssen.

hauses Bethanien war ein anscheinend betrunkenen Mann in die Ohse gefallen. Da er von Passanten bereits heraustragend war, wurde er mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus geschafft. Gegen 20 Uhr erfolgte ein Alarm nach Wölflstraße 20. In einem Raum im ersten Stock der Technischen Hochschule waren auf unermittelte Weise sechs Arbeitskräfte in Brand geraten.

Zwei Lehrlinge vermißt. Der 17-jährige alte Kaufmannslehrling Gotthard Simonides, Lohstraße 54 wohnhaft, und der gleichaltrige Lehrling Paul Kraus, Gutenbergstraße 82 wohnhaft, sind polizeilich als vermißt gemeldet worden.

Schulferien 1928. Die Ferien für das Schuljahr 1928/29 sind durch den Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien wie folgt festgesetzt worden: Osterferien: Mittwoch, 4. April, bis Donnerstag, 19. April; Pfingstferien: Freitag, 25. Mai, bis Dienstag, 5. Juni; Sommerferien: Donnerstag, 5. Juli, bis Donnerstag, 9. August; Herbstferien: Freitag, 28. September, bis Dienstag, 9. Oktober; Weihnachtsferien: Freitag, 21. Dezember, bis Dienstag, 8. Januar 1929; Osterferien 1929: Mittwoch, 27. März, bis Mittwoch, 10. April.

Rino

Weltbühne. „Moral.“ Nach der gleichnamigen Komödie von Ludwig Thoma. Eine junge, sehr hübsche Artistin soll in einer bayrischen Stadt in einer Revue auftreten. Doch der „Sittlichkeitsverein“ veranlaßt bei ihrem Debüt ein wahres Haderfeldstreben, weil ein Prinz aus ihrem Rod hervortreten soll. Die Auführungen unterbleiben, und die Künstlerin bleibt, um sich zu rächen, im Städtchen als „Klavierschülerin“. Die Hüter der Moral und der Sittlichkeit wollen sehr ohne Ausnahme bei ihr „Klavierenunterricht“ nehmen und werden bei ihren Zärtlichkeiten gesplittert. Doch da die Schmeißler keine Ruhe geben, sperrt die Polizei das „öffentliche Vergnügen“ ein. Die Freilassung erfolgt aber sehr rasch, da der Sittlichkeitsverein den kompromittierenden Film fürchtet. Außerdem soll die Künstlerin der jungen Durchlaucht in Klavierunterricht geben. Der Film, der mit einer ausgezeichneten Besetzung, in den Hauptrollen Ellen Richter und Ralph Roberts, gespielt wird, entfesselt die stürmische Heiterkeit. Auf der Bühne zeigen die beiden Stuaris ausgezeichnete Leistungen am Red.

Odorator-Lichtspiele. „Die Königin des Varietés.“ Oder, „Wie entsteht eine Revue?“ Teddy Hall, ein junger Klavierspieler, wird durch die Gunst eines Stars zur Kapellmeister befördert und schreibt eine Revue nach der Muffel einer Fantomine, die sein Freund, ein schwerfälliger Träumer, komponiert hat. Dessen Proteste bei der Aufführung führen zu einem Theatersturm, der aber geschickt abgelenkt wird durch die Erklärung einer vorgesehene Entfaltung. Das temperamentvolle Spiel der Gär. Nürty als Varietéstär trägt wie J. Schoerghl als Theateragent, der Mann, der alles macht, zum Erfolg der harmlosen Komödie bei. „Spanisches Blut“, ein Spiel von heißem Blut und Leidenschaft, auf einer iranischen Fischerinsel. Sympathisch durch das Beispiel hoher Bruderliebe, birgt das Ganze doch manche Unwahrscheinlichkeit und Uebertreibung.

Apollo-Lichtspiele. „Ein rheinisches Mädchen bei rheinischem Wein.“ Text und Melodie des sentimentalsten Cassenhauers entsprechen dem Inhalt des Films, der bestenfalls eine mehr oder minder gelungene Pöffe ist. Ein Oberkellner, der sich für einen Baron ausgibt, seine uneheliche Tochter, die sich einbildet, Baroness zu sein, und ein edler Graf bilden das Haupttrio. Dieser in Wunde ist ein junger Komponist dem der „Lechzige“ Graf gefaltet, auf der Orgel seines Schlosses keine Symphonie aufzuführen, welche Gelegenheit benützt wird, Denkwürdigkeiten aufzuführen, welche Gelegenheit benützt wird, Denkwürdigkeiten aufzuführen, welche Gelegenheit benützt wird, Denkwürdigkeiten aufzuführen...

Zwei Millionäre in Breslau. Zwei Neureiche, welche das pleitegegangene Lombardhaus nicht erfassen konnten, waren die Millionäre Pat und Patagon. Sie werden am Donnerstag und Freitag in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen die Enttarnung ihrer Millionengeschäfte vor aller Öffentlichkeit preisgeben. Drei mal täglich werden sie sich dem Publikum zeigen, um allem Vorwurf gewässer zu sein. Vor-

führungen sind um 3, 5,45 und 8,30 Uhr. Kinder bitte möglichst nur zu den ersten beiden Vorstellungen mitzubringen. Achten Sie auf die heutige Anzeige.

Funktionärsitzung des NSB. Dienstag, 19,30 Uhr, wichtige Funktionärsitzung im „Dderstrom“, Uferstraße 47. Thema: „Proletarische Wehrpflicht“. Referent: Kamerad Hausen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Achtung! Die für den 19. Februar festgesetzte Parteiarbeiterkonferenz für Mittel- und Niederschlesien wird wegen einer wichtigen Sitzung verlegt und findet am Sonntag, dem 4. März, statt.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Breslau: Stadtteil 2 (Nord): Mittwoch 20 Uhr Gesamtfunktionärsitzung bei Kommerzialrat, Trebnitzer Straße 15. Stadtteil 3 (West): Mittwoch 20 Uhr „Gubertusale“ Stadtteilversammlung. Tagesordnung: Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften. Ref. Gen. Wölmer. Wie vernetzt sind wir den Funktionärsapparat? Ref. Gen. Reimann. Mitteilungen. Freiburg: Donnerstag 19,30 Uhr Gesamtgenossenschaft (Jahresversammlung). Wichtig! Spottau: Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus. Kommunistischer Jugend-Verband: Breslau: Südwest: Mittwoch 19,30 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstr., öffentlicher Gruppenabend. Thema: „Kommt Max Hoelz frei!“ Gäste willkommen. Musikgruppe nimmt teil. Roter Frontkämpfer-Bund: Breslau: Abt. 4. Heute 19 Uhr sämtliche Funktionäre bei Kaps. NSB: Dienstag 20 Uhr Gesamtmitgliederversammlung bei Ueberbär, Weidenburger Platz. Fortsetzung des Kursus: „Die Frau in Sowjetrußland.“ Gäste willkommen. Görlitz, Rote Jungfront: Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung in den Union-Bierstuben. Sonstige Organisationen: Breslau: Freier Körperkulturkreis: Dienstag 20 Uhr Versammlung in der Schule Gartenstraße 27 (Marthalle), Zimmer 13. Genossen und Genossinnen sind dazu eingeladen. Nord-Öst: Mittwoch Funktionärsitzung der NS, Notes Zimmer. Kartotekarten mitbringen. Gagnau, Note Hilfe: Dienstag 20 Uhr im Volkshaus im Versammlungszimmer Generalversammlung. Görlitz, Note Hilfe: Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Felsenkeller“. Görlitz, Internationaler Bund: Donnerstag 20 Uhr Generalversammlung im „Felsenkeller“. Freiburg, Note Hilfe: Mittwoch 19,30 Uhr im „Baum“ Generalversammlung.

Bei Gicht, Jschias, Nerven- u. Kopfschmerz, Rheuma, Grippe, Erkältungskrankheiten haben sich Tegal-Tabletten hervorragend bewährt (in Versuch überzeugt!). In allen Apotheken. Preis Mk. 1.40. Tegal scheidet die Harndurchgang.

Waldenburger Bergland Neuer Hungerlohn tag in Sicht!

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Wir haben schon oft in unserer Presse auf den ungeheuren Betrag der niederschlesischen Kumpels anlässlich der letzten Abnahmebewegung hingewiesen. Die „Bergwacht“ samt ihrem berühmten „D...“ gewerkschaftlichen Mitarbeiter „Schweig“ Sie schweig zusammen mit dem berühmten Strategen Hoffmann von der Auenstraße, weil sie Schweigen muß, wenn sie ihre Leser nicht ganz vor den Kopf stoßen will. Durch das Schweigen dieser Leute machen sie sich bewusst das Argument des Sprachrohres des Bergbauvereins „Neues Tageblatt“ zu eigen, das in großer, freudiger Aufmachung den Kumpels und dem Bürgertum kund tut, daß die Bergarbeiter eine 10- und 14prozentige Lohnerhöhung erhalten und erfreulicherweise ein Arbeitskampf von großem Ausmaß vermieden wird. Hoffmann und seine Trabanten verflünden in den Zahlstellenversammlungen das Besondere, weil sie ein Interesse daran haben, das elende Fiasko als Erfolg hinzustellen. Man feste also darauf die

Einheitsfront von „Bergwacht“, B.M.-Hoffmann und Tageblatt.

Die Kumpels aber sind mißtrauisch geworden. Sie glauben diesen Leuten nicht. Ihre Vermutung und unsere Behauptung werden am nächsten Lohntag, dem 15. d. M., zur nackten Wirklichkeit werden. Sie werden den

gemeinen Schwindel der 10- bzw. 15prozentigen Lohnerhöhung

zahlenmäßig auf dem Lohnbeutel vordemonstriert bekommen!

Es ist nicht anzunehmen, daß der Durchschnittslohn steigen wird; dann tritt doch für einen erheblichen Teil der Belegschaftsmittglieder eine Lohnreduzierung ein! Es ist eine Tatsache, daß die Direktoren zum Monatschluß Anweisung gegeben haben, die Zimmerheuererschlichter, die über 6,12 Mark liegen, auf diese Zahl herabzusetzen. Die Bedinge für die Kohlenhauer sind nicht erhöht, sondern zum großen Teil herabgesetzt worden. Auf der Weichingrube wurden alle Handwerkerlöhne, die über 6,12 Mark standen, auf die genannte Summe herabgesetzt. Das bedeutet für verschiedene Kollegen einen Lohnabbau bis 20 Pfennig pro Schicht! Kollegen, die bereits einen Lohn haben, der den Tarif von 5,30 Mark übersteigt, behalten diesen und verlieren somit die sogenannte Leistungszulage. Außerdem fallen besondere Vergütungen für besonders gefährliche und gesundheitsschädliche Arbeiten weg! Die Heizer, die zu

ihrem Tariflohn jahrelang eine sogenannte Spannungsprämie erhielten, bekommen nichts mehr! Verhandlungen des Betriebsrats mit der Direktion verliefen, wie vorauszusehen war, ergebnislos! Es ist ein Bluff ersten Ranges, wenn die reformistischen Bürokraten a la Dabler der Mitgliedschaft Glauben machen wollen: „Die Lohnbewegung war ein Erfolg; es liegt nur noch an den Betriebsräten, die unter Leitung auf die Versprechungen der Unternehmer im Betrieb verhandeln sollen, um das nötige herauszuholen!“ Diese Leute haben ein paar Jährchen verschlafen. Sie wissen nicht, daß mit einer derartigen Parole kein Hund hinter dem Dien, geschweige denn ein Direktor oder Betriebsführer eines Konzerns herauszuholen ist. Sie sind verfallen, weisfremd geworden, und es ist an der Zeit, daß man sie zum alten Eisen wirft oder in den Betrieb schickt und ihnen praktischen Anschauungsunterricht gibt! Das sollten sich wirklich einmal die Gewerkschaftsmitglieder merken, die wohl fühlen, daß die Gewerkschaften unter reformistischer Führung verhandelt sind, aber den Mut nicht finden, gemeinsam mit uns zu kämpfen und die Gewerkschaften zu Klassenkampforganen zu machen, so wie das die historische und geschichtliche Entwicklung verlangt! Die Reformisten machen aus den freien Gewerkschaften nichts anderes als Unterwürfigs- und Begrüßungsvereine, schließlich noch Bratstätten für wohlbestallte, staatsbehaltende Bürokraten. In diesem Jahre finden die Verhandlungen des B.M. und D.M. statt. Die Kameraden müssen aufpassen und oppositionelle Delegierte entsenden, wenn sie versuchen wollen, daß uns eine schwere Zeit ungerüstet vorfindet und dadurch unsere historische Aufgabe des entscheidenden Kampfes zwischen Kapital und Arbeit gefährdet wird. Eine große Zeit erfordert ein großes, parteei Geschlecht! — Im Betriebe gilt es zu kämpfen, um zur bevorstehenden Betriebsratwahl diejenigen Kandidaten zu nominieren, die die Belegschaften auch in den Revierkonferenzen ehrlich vertreten und nicht zum großen Teil, entgegen dem Willen der Belegschaften, bei jeder Gelegenheit umfallen und das mitmachen, was immer vom Vorstandsstische kommen mag! Wir werden später näher darauf eingehen, halten es aber heute schon angebracht, auf die Wichtigkeit der Betriebsratwahlen hinzuweisen! Das Jahr 1928 ist ein Kampfjahr! Sorgen wir dafür, daß es auch ein Jahr des Sieges wird!

Wo sitzen die Arbeitervertreter?

Eine Erklärung des Genossen Kühn-Landesbesitz zu den Vorgängen in der Ortskrankenkasse.

Unter „Lud Jovan nennt sich Arbeitervertreter“ schimpft der Berichterstatter, SPD-Sekretär Schiller, in der „Bergwacht“, weil ich bei der Wahl des 1. und 2. Vorsitzenden der hiesigen Ortskrankenkasse nicht für Herrn Schneidermeister Kreuzer, noch für ihn, sondern für mich selbst die Stimme abgab. Er bezeichnet das als Arbeiterverrat und „ist neugierig, wie die „Arbeiterzeitung“ ihren Feiern die Sache bemängeln wird.“ Deshalb will ich an dieser Stelle der Landesbesitzer Arbeiterschaft den wahren Sachverhalt schildern. Am 21. 1. 1928 erfolgte die Vorstandswahl für die Allgemeine Ortskrankenkasse, welche folgendes Ergebnis hatte: P. Kreuzer, Schneidermeister (SPD), Artur Schiller Parteisekretär (SPD), F. Kühn, Dachdecker (SPD), Josef Buz, Gewerkschaftssekretär (Zentrum), Max Holzbrecher und Baumeister Grab. Nach Schluß dieser Wahl traten sofort die Ausschussmitglieder der freigewerkschaftlichen Richtung zusammen, um ein einheitliches Vorgehen der ersten drei Gewählten zur Wahl des 1. und 2. Vorsitzenden zu ermöglichen. Die dort gemachten Vorschläge sind Herrn Schiller bestimmt mitgeteilt worden; denn Fräulein Malb erklärte, daß sie erst mit ihrer Richtung (gemeint waren die Herren Schiller und Kreuzer) Rücksprache nehmen und dann eine nochmalige Aussprache herbeiführen werde. Was die Rücksprache mit ihrer Richtung angeht, ist mir unbekannt, auch habe eine nochmalige Aussprache nicht stattgefunden. Ferner hat mir Schiller, dem ich kurz vor der Wahl begegnete, nicht gesagt, wie man sich einzustellen oder. Nur auf diese Weise konnte das Wahlergebnis zustande kommen. Wie es aber mit dem „Arbeiterverrat“ sieht, zeigte gleich die auf die Wahl folgende Vorstandswahl. Dort wurde ein Arbeiter, welcher annahm sein Krankengeld wöchentlich abzuholen, dies erst nach beendeter Krankheit tat, gegen meine Stimme mit rund 5 Mark bestraft. Dagegen ging ein Unternehmer straffrei aus, trotzdem er seit ein Jahr einen bei ihm beschäftigten Arbeiter nicht versicherte. Herr Kreuzer begründete seinen Standpunkt damit, daß sich der Unternehmer nicht gerade in besonders guten Verhältnissen befindet. (In welchen Verhältnissen der erkrankte Arbeiter lebte, wurde nicht erwähnt.) Mein ganzes Verbrechen besteht also lediglich darin, daß ich nicht für Herrn Schiller, sondern für mich stimmte.

*

Genosse Kühn stellt also fest, daß die SPD, die der vereinsten Aussprache aus dem Wege ging, die Verantwortung für die Wahl des Wahrs trägt. Offenbar haben die Schiller und Kreuzer es vorgezogen, einen Christen statt einen Kommunisten als Vorsitzenden zu haben. Steht ihnen doch Wah als Zentrum und Reichsbannermann viel näher als ein Kommunist. Der Anspruch des Genossen Kühn auf den zweiten Vorsitzenden war vollkommen gerechtfertigt. Hier von „Arbeiterverrat“ zu reden, ist eine Wahl demagogie. Die SPD-Führer täuschen sich insofern, wenn sie glauben, daß die Arbeiter darauf reinkommen werden. Das Verhalten der SPD-Vertreter in Krankenkassensachen, ihre Begünstigung des Krankheitsbetrages der Unternehmer und das Eintreten für Bekämpfung eines armen Arbeiters zeigen allen Arbeitern, wie die Arbeitervertreter ihrer sind.

Die Landesbesitzer Trostler werden diese Sorte von Arbeitervertretern am 12. Februar nicht in das Stadtparlament wählen, und für den Wahlvorschlag H. Karl Walter stimmen.

Groß-Waldenburg

Nach ein Hausverwalter. Von einem Mieter des hiesigen Hauses auf der Charlottenbrunner Straße 10 in Altwasser wird uns geschrieben: Der Hausverwalter Lörich gibt zu häufigen Klagen Anlaß. Kleine Kinder von zwei bis sechs Jahren wirt er des öfteren aus dem Hause oder Garten und stillt sie dabei mit verjüngten „Sofasamen“. Wenn es nach seinen Wünschen gehen würde, so müßte jeder Besuch im Hause bei ihm vorher angemeldet werden. Die Tochter des Hausverwalters war bereits einmal die Ursache einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Mietern, die sogar ein gerichtliches Verfahren haben wird. Beschwerden bei der Stadtwahlverwaltung waren bisher ergebnislos. Wir fordern den Magistrat auf, dem Hausverwalter sofort eine Lektion zu erteilen, wie er die Mieter zu behandeln hat.

Kaufmann der Schulstraße in Altwasser. Für die Kinder, die Eltern 1928 schulpflichtig werden und die weltliche Schule besuchen, findet Montag, den 6., und Dienstag, den 7. Februar, von 3 bis 5 Uhr die Eintragung statt. Schulpflichtig sind alle Kinder,

die bis zum 30. September 1928 das 6. Lebensjahr vollenden, auch können Kinder aufgenommen werden, die bis zum 30. September 6 Jahre alt sind. Bei der Aufnahme ist Geburts- und Impfschein, bei Bergarbeitern auch der Rollenchein mitzubringen.

Es hat geschloffen. Die Theaterdirektion Pötter gibt bekannt: Die erste Volksvorstellung findet am Dienstag, dem 7. Februar, statt. Freie der Plätze 50 und 30 Pfennig. Zur Aufführung gelangt das moderne Lustspiel „Ein besser Herr“ von Hafenclever. „Schinderhannes“, Schauspiel in vier Akten von Karl Judmayer. Erstaufführung am Mittwoch, dem 8. Februar, zu den festen Eintrittspreisen.

Eine Unterbezirks-Delegiertenkonferenz des SPD, Unterbezirk Waldenburg, findet am Sonntagvormittag 9 Uhr im Jugendheim Dittersbach statt. Alle Ortsgruppen entsenden Delegierte. Ein Vertreter des L. ist anwesend.

* Der führerlose Straßenbahnwagen. In nicht geringem Staunen wurden die Passanten auf der Auenstraße berichtet, als in den Abendstunden ein unbedeutender Motorwagen in Richtung Sonnenplatz gefahren kam. Beim ehemaligen Schützenhaus war es einer

Görlitz

Stadtoberordnungsung Görlitz
Auflösung der Gutsbezirke. — Die „unpolitischen“ Beamtenvertreter. Wen schlagen die Nationalsozialisten tot?

Nach der Wahl eines Rates wurde beschlossen, einen zweiten Stadtschulrat anzustellen. Bei geeigneten Angeboten soll in erster Linie eine Person berücksichtigt werden. In der nächsten Vorlage wurden jährlich 4000 Mark gefordert zur Anstellung eines Präzidenten an der Gedächtnis- und als Beihilfe zu den Vergütungslöhnen von Bodenrichtern in der Oberlausitz. Unsere Genossen stimmten dagegen mit der Begründung, daß wohl die Kommunisten nicht gegen kulturelle Forderungen sind, aber in erster Linie die Sozialfahrtsbezüge darunter nicht leiden darf. Das letztere der Fall ist, zeigte die letzte Sitzung, in der gegen den Einspruch unserer Genossen der Schluß des Kindererholungsheims Darbitz auf ein Vierteljahr aus „Sparmaßregeln“ zurückgezogen wurde. Nach der Verurteilung einiger Angehörige des Hausbesitzes 1927 wurde beschlossen, die bei der Hypothekentilgung eingezahlten Einlagen mit 15 Prozent aufzuwerten. Die neuen Satzungen für die Sparkasse wurden genehmigt.

Bei der nun folgenden Vorlage über die Eingemeindung der im Stadtkreis Görlitz liegenden, der Stadtgemeinde gehörigen Gutsbezirke, entspann sich eine lebhafteste Debatte. Der Reichsnationale Schmidt entwarf sich hierbei als Vertreter des Landbundes, während der Demokrat Sommer eine Spitze gegen die Opposition der Kommunisten im Landtage richtete. Genosse Ulrich entwickelte den Vorschlag der Verordnung über die Auflösung der Gutsbezirke und betonte, daß durch die Opposition der kommunistischen Landtagsfraktion eine ereignisreiche Landgemeinderatssitzung verhindert wurde. Während Sozialdemokrat Gärtner zu derselben Frage sprach, rief der Nationalsozialist Jensen: „Es liegt nicht so viel gesprochen werden. Wenn sie selbst es einmal tun, würde ihnen nichts vorzuziehen, sie schlagen die Zeit tot.“ Unsere Genossen riefen ihm zu: „Wenn die Nationalsozialisten weiter niemand als die Zeit tötschlagen, dann ist es gut!“ Dem Vertreter der Beamtenfraktion, der die „Politik im Stadtparlament angegriffen und nur wirtschaftlich Grundzüge“ gelten lassen will, erwiderten unsere Genossen, daß sich diese Meinung schlecht vereinbaren läßt mit der Auffassung der Kandidaten der „Beamtenliste“ zur Wahl 1924; denn der Spitzenkandidat, der frühere Stadtvorordnete Podelmann, war Mitglied der Reichs Volkspartei, und auch andere Kandidaten dieser Liste gehörten rechtlich den Parteien an. Hier zeigte sich eben eine gefährliche Verwirrung der Rollen im letzten Wahlkampf, um die für die Rechtsparteien vorerwähnten Stimmen der Beamten auf die Beamtenliste zu konzentrieren. Jeder die SPD, noch die Beamtenvertreter wagten den Ausführungen unserer Genossen zu widersprechen.

Lebhaft von der Teufelsbrücke. Der 44 Jahre alte Vogenschlager von der Viktorialage, Fritz Hommel, künzte sich von der Teufelsbrücke auf die Bahngasse der Pflanzerei. Er blieb mit geschlossenen Genid liegen und war sofort tot. Das Motiv zur Tat dürfte in Krankheit zu erblicken sein.
Froher Diebstahl. Vor ungefähr einem halben Jahre wurde von 72 Jahre alten Rentner P. vom Untermarkt die ganze Barschaft

Zwölftperson möglich, den Motorwagen, der inzwischen in Brand geraten war, zum Stehen zu bringen. Derbeilebende Schuppelpolizeibeamte löschten den Brand sofort. Die Straßenbahnverwaltung vermutet, daß der Wagen, der auf dem Rebeugleise am Viehhäuserplatz gestanden hat, mutwillig in Gang gesetzt worden ist.

* Verschüttet und lebend geborgen. Der Schlepper Wättermann aus Seltendorf war auf der Fuchsrube von hereinbrechenden Gesteinsmassen verschüttet worden. Die sofort in Angriff genommenen Bergungsarbeiten hatten Erfolg, und so konnte W. noch lebend geborgen werden. Jedoch hat er erhebliche Quetschungen am ganzen Körper erlitten.

Der Baugewerksbund hält am Mittwoch um 18.30 Uhr in der Stadtbrauerei Waldenburg seine Generalversammlung ab. Buz oder Ludwigs mitbringen.

Der Parteifiskus in Altwasser fällt heute aus. Nächster Kurfussabend wird noch bekanntgegeben.

Selbstmord! Am 5. Januar vormittags erschloß sich der Schlossbesitzer B. n. r. aus Ober-Salzbrunn in seiner Werkstatt. Vermutlich sollen Schulden ihm den Anlaß zu dieser Tat gegeben haben.

Friedland. Eine Blamage des Magistrats. Uns wird geschrieben: Im vorigen Jahre wurde hier ein Schulumbau gefällig. Bei diesen Arbeiten war auch unser Genosse und Gemeindevorteiler P. a. l. r. beschäftigt. Da auf dem alten Dache Blechlagerrückstände entstanden, wurde für die Blechverwendung war. Gelegentlich fragte P. a. l. r. den Stadtbaumeister, ob er diese Abfälle verwenden könnte. Der Stadtbaumeister verneinte dies. Unser Genosse hat um die Erlaubnis, diese Abfälle für sich zu verwenden und erhielt die Erlaubnis. P. a. l. r. reichte das Blech und verkaufte es an einen Produktenhändler. Dieses Vorkommnis wurde von einem Magistratsmitglied E. B. D. in einer Magistratsitzung zur Sprache gebracht. Hieraus wurde von dem Bürgermeister Anzeige wegen Diebstahls gegen unseren Genossen erstattet. Es erfolgte eine gerichtliche Vernehmung und die Sache wurde dem Staatsanwalt zur weiteren Verfolgung übergeben. Jedoch dem Staatsanwalt erschien die Sache belanglos und er stellte das Verfahren ein.

Landeshut

Die Liebauer Gewerkschaften für die Landeskonferenz.

Der Erwerbslosenrat schreibt uns: In einer gutbesuchten Versammlung nahmen die Erwerbslosen von Liebau zur Landeskonferenz der Erwerbslosen Stellung. Nach einem Vortrage des Kollegen R. über die Bedeutung der Konferenz wurde einstimmig beschlossen, zwei Delegierte zu entsenden.

Freiburg

Genossenschaftsvertreter-Wahlen! Genossenschaftler!

Am Mittwoch, dem 8. Februar, in der Zeit von 14 bis 19 (2 bis 7) Uhr, finden die Vertreterwahlen für die einzelnen Vertretungsstellen in Freiburg, Polzitz und Zirlau statt. Wählt nur die Liste II, welche sich für den proletarischen Genossenschaftsaufbau einsetzt und eine ehrliche, keine Futtertrippengenosenschaftspolitik betreibt.

Gemeindevorsteher Feige, Jirka, welcher gegen das ehemalige Vorstandsmittglied Herrn Krause ein lägenhaftes Flugblatt veröffentlichte, mußte in der Beleidigungssache, welche Krause gegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft anstregte, dies vor Gericht mit Bedauern zurücknehmen und alle Kosten tragen. Diesem Herrn machte es aber nichts. Er hatte sein Ziel erreicht und wird jetzt als bezahlte Kraft im Konsumverein geführt.

Genossenschaftler, seht Euch diese Menschen an. Dieser Herr steht wieder in der Verteilungsstelle Jirka zur Wahl. Gebt diesen Genossenschafts-Materialisten die richtige Antwort. Wählt nur die Liste II.

Ströbel. Eine Reichsbannerlüge. Der NSB-Ströbel schreibt uns: Das Reichsbanner hat in seiner am Freitag, dem 3. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung behauptet, daß Mag. Schenke, Gastwirt des Gesellschaftshauses Ströbel, Mitglied des Roten Frontkämpferbundes sei. Wir erklären hiermit öffentlich, daß Schenke weder Mitglied des NSB ist noch war. Die Lügen des Reichsbanners werden den Roten Frontkämpferbund nicht schwächen können.

Niederschlesien

von 102 Mark gestohlen, die er von seiner Reute erpart hatte. Das Geld hatte P., um sicher zu gehen, auf den Dedel der Wasserpflung im Kiolett gelegt. Nun mußte er feststellen, daß ihm seine teuer erparten Großen (17 Mark) zum zweitenmal gestohlen wurden, und zwar aus dem Bett. Es wäre Zeit, solchen Epischubben das Handwerk zu legen.

Voranzeige! Dienstag, den 14. Februar, 20 Uhr, spricht die Frau des Genossen Max Hoels — Traute Hoels — im Konzerthaus.

Miesner Merle. Am 25. März findet im „Deutschen Hof“ die diesjährige Jugendwoche der Freidenker statt. Es ist erforderlich, daß alle Eltern jetzt schon die Anmeldung bei dem Kolp. Günther, Neudernitz, Postlager Straße, abgeben.

Am Donnerstag findet in den „Stern-Lichtspielen“ ein Filmabend der Z.N. statt. Gegeben werden die beiden Filme: „Sohn der Berge“ und „Licht im Osten“. Da die Filme sehr gut sind, ist zu erwarten, daß der Saal überfüllt wird.

Im November vorigen Jahres wurde in der Gemeindevortretter-sitzung die Biersteuer besprochen. Alles stimmt, außer den Kommunisten, dafür. Damals hieß es, die Parteien tragen die Steuern. Wenn wir sie ablehnen, so nimmt sie der Kreis. Man wies stolz auf die Übernahme der „rasend verdienenden“ Brauereien. Doch siehe, auf einmal bezahlten dieselben Herren die Steuern nicht, aber der Prolet kann sie tragen.

Liegnitz

Wann können die unhaltbaren Verhältnisse in den Baracken abgeändert? Wir müssen uns heute etwas näher mit dem Fliegerhorst beschäftigen. Die Bewohner der Baracken sind zum Teil Erwerbslose, Kriegsverletzte und solche, die zwangsweise vom Wohnungsmangel in die Baracken gesetzt wurden, weil sie die Miete rückständig waren auf Grund ihres schlechten Einkommens. Jetzt haben die Bewohner der Baracken sich schriftlich verpflichten müssen, die Miete pünktlich und im voraus an die Stadt zu zahlen. Renovationen übernimmt die Stadt nicht. 35 Personen müssen ein Kiolett benutzen. Außerdem wird ihnen gedroht, daß, wer seinen „Verpflichtungen“ nicht nachkommt, ohne Anspruch auf eine Ersatzwohnung auf die Straße fliegt. Das ist ein eigener Trost z. B. für die Dreißendachtzigjährigen, die auch dort drängen wohnen. Ein andere ständischer Fall betrifft eine leibschöpfige Familie, die eine Stube mit einem Fenster, ohne Keller und ohne Boden, in der Betonbaracke bewohnt. Wir fragen die Stadtwahlverordneten, vor allen Dingen Herrn Mann (SPD), Vertreter im Wohnungsausschuß, wann man hierzu Stellung nehmen will. Die Versprechungen in der letzten Stadtverordnetenversammlung genügen nicht.

Aus dem Riesengebirge

Von den Hermsdorfer Arbeiterjamboristen. Am Mittwoch fand im Hotel „Zur deutschen Krone“ der erste Kurfussabend statt, zu dem Genosse Paul-Warbrunn das Referat über: „Zweck, Ziele und warum Arbeiterjamborist“ hielt. Der Kurfuss findet jeden Mittwoch von 20 bis 22 Uhr unter ärztlicher Leitung in obigem Lokal statt. Es meldeten sich 25 Teilnehmer an, davon zwei vom Roten Front-